


218. KR-Sitzung, Montag, 27. Februar 2023, 14:30 Uhr

 Vorsitz: *Esther Guyer (Grüne, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
- 2. Mehr Biodiversität entlang von Velowegen,
Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden 2**
 Postulat Hans Egli (EDU, Steinmaur), Jonas Erni (SP, Wädenswil), Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Florian Heer (Grüne, Winterthur), Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), Judith Anna Stofer (AL, Zürich) vom 14. Juni 2021
 KR-Nr. 238/2021, Entgegennahme, Diskussion
- 3. Anti-Littering – Lösungen ausserhalb des Siedlungsgebietes 13**
 Motion Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Sandra Bossert (SVP, Wädenswil) vom 4. Oktober 2021
 KR-Nr. 349/2021, RRB-Nr. 1487/8.12. 2021 (Stellungnahme)
- 4. Wiedereingliederung von Reinigungsfachkräften..... 28**
 Postulat Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Markus Bischoff (AL, Zürich), Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur) und Urs Dietschi (Grüne, Lindau) vom 4. Oktober 2021
 KR-Nr. 350/2021, RRB-Nr. 1357/24.11.2021 (Stellungnahme)
- 5. Anti-Littering – Weniger Aludosen auf Wiesen durch
Rückerstattung..... 40**
 Postulat Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), und Maria Rita Marty (SVP, Volketswil) vom 4. Oktober 2021
 KR-Nr. 351/2021, RRB-Nr. 1488/8.12.2021 (Stellungnahme)
- 6. Auslagerung der engeren Zentralverwaltung 47**

Postulat Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach) und Lorenz Habicher (SVP, Zürich) vom 25. Oktober 2021

KR-Nr. 369/2021, RRB-Nr. 64/12.1.2022 (Stellungnahme)

7. Verschiedenes 57

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

2. Mehr Biodiversität entlang von Velowegen, Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden

Postulat Hans Egli (EDU, Steinmaur), Jonas Erni (SP, Wädenswil), Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Florian Heer (Grüne, Winterthur), Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), Judith Anna Stofer (AL, Zürich) vom 14. Juni 2021

KR-Nr. 238/2021, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Hans-Peter Amrein hat an der Sitzung vom 27. September 2021 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats gestellt. Der Rat hat zu entscheiden.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Dank Herrn Amrein dürfen wir heute über dieses Postulat diskutieren. Ich lege Ihnen, Herrn Amrein, gerne die Argumente für dieses Postulat dar. Ich bin aber auch gespannt, was Sie an diesem Postulat stört.

Eine typisch artenreiche und schöne Strassenbegleitfläche haben wir vor der Messehalle 9 entlang der Thurgauerstrasse in der Nähe des letzten Domizils des Kantonsrats letzten Sommer bewundern können. Das

Gegenteil befindet sich bei uns in Steinmaur entlang der Kantonsstrasse. Da wurde vor fünf Jahren eine Lärmschutzwand erstellt und eine Berberitzenhecke gepflanzt, die seitdem am absterben ist und keinen ökologischen Wert erzielt und zudem einen grossen Pflegeaufwand durch das Tiefbauamt mit erheblichen Kosten verursacht.

Im Kanton Zürich betreibt das Tiefbauamt in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Naturschutz auf nur rund 20 Prozent der Grünflächen entlang der Kantonsstrassen einen naturschonenden Böschungsunterhalt. Dieses Potenzial an artenreichen Strassenbegleitflächen wird mit 20 Prozent viel zu wenig genutzt und gefördert. Die meisten Böschungen und Grünstreifen wachsen schnell und sind artenarm, weil die Grünstreifen mit zu viel Humus angelegt wurden. Gemäss dem Naturschutzgesamtkonzept soll grundsätzlich der gesamte Siedlungsraum als naturnaher Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen gestaltet und gefördert werden. Strassenbegleitflächen haben grundsätzlich ein grosses Potenzial für die Förderung der Biodiversität. Ich habe eine Fotografie mitgebracht. Man sieht es vielleicht nicht so gut; es ist vermutlich zu klein. Das ist mir schon klar. (*Heiterkeit*) Trotzdem, Sie sehen, es ist eine farbige Aufnahme; es hat sehr viele verschiedene Pflanzenarten, etwa 30 verschiedene Blumenarten. Das ist ein Mehrwert für unsere Umwelt. Lebensgemeinschaften und teilweise auch seltene und gefährdete Arten gedeihen auf diesen Flächen. Naturnah gestaltete Strassenrabatte ergänzt mit Hecken und Bäumen – wo es möglich ist, selbstverständlich – können allenfalls als Trittsteine dienen und sind ein gestalterisch ansprechendes Element im Siedlungs- und Landschaftsraum. Selbstverständlich soll die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer gewährt bleiben und keine neuen Unfallschwerpunkte dabei entstehen. Invasive Neophyten müssen selbstverständlich entfernt werden, um die Biodiversität nicht zu reduzieren.

Für den Bericht der Regierung wäre es interessant und aufschlussreich, wenn die Folgekosten von artenreichen Begleitflächen im Vergleich zur Mulchabsaugung aufgezeigt werden. An diesen Stellen wird immer noch vielfach Mulchabsaugungen vorgenommen. Das ist selbstverständlich keine förderungswürdige Massnahme, um Strassenbegleitflächen zu bewirtschaften, denn diese Flächen hinterlassen eine Wüste, in dem jegliches Getier abgesaugt und zerhackt wird.

Die Broschüre der Baudirektion «Naturschonender Böschungsunterhalt» als Beitrag zur Biodiversität enthält auf der Rückseite – leider ist diese Fotografie noch kleiner als die andere – einen Böschungsmäher mit Mulchvorbau. Wie gesagt, die Baudirektion hat diese Arbeitsgeräte immer noch in Betrieb, obwohl wir vor etwa vier Jahren, auf Antrag der

Grünen, in einer Budgetdebatte bereits mehrheitlich gewünscht haben, dass diese Unterhaltsgeräte nicht mehr eingesetzt werden. Also, hier der Appell an die Baudirektion: Diese Unterhaltsgeräte mit Mulchen definitiv aus dem Betrieb zu nehmen. Bitte überweisen Sie mit uns dieses Postulat. Danke vielmals.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Wir diskutieren ja wirklich relevante Themen heute in diesem Rat. Das stelle ich fest. Deshalb, lieber Hans Egli, habe ich auch die Diskussion verlangt, weil dein Vorstoss ja wirklich so relevant ist. Er ist absolut nicht relevant, Hans Egli, ausser dass wir per Du sind und nicht per Sie.

Hans Egli, lass doch die Natur arbeiten! Ja, was passiert, wenn man etwas ansät? Nach zwei, drei Jahren findet man diese Pflänzchen ein paar Kilometer weiter weg wieder. Lass doch die Natur arbeiten! Was willst du jetzt noch? Willst du jetzt in diesem Kanton alle die Strassengräben bewirtschaften, du, der einer Partei angehört, die sich dagegen wehrt, dass ein Stumpfsinn gemacht wird? Wollen wir noch mehr Leute einsetzen für unnötige Arbeiten, wo die Natur selber dies für uns erledigen kann? Sicher nicht, Hans Egli. Ich weiss nicht, was dich da getrieben hat. Das darf ich, glaube ich, fragen, oder? Was dich als Bauer im Anzug getrieben hat. So kommst du mir nämlich vor als Bauer im Anzug und nicht mehr als naturverbundener, mit den Händen arbeitenden Bauer im Zürcher Unterland oder wo immer du herkommst. (*Heiterkeit*) Bitte, bleibt doch bei Dingen in diesem Rat, bei denen es um etwas geht. Wir haben keine Fachkräfte in diesem Kanton; wir haben nicht genügend Arbeitskräfte. Jetzt willst du auch noch die restlichen 80 Prozent zu den 20 Prozent, die schon unnötigerweise an den Strassengräben bewirtschaftet werden, auch noch bewirtschaften. Ich möchte gerne mal vom Bauern Hübscher (*Martin Hübscher*) hören, was ihn getrieben hat, auch vom Bauern Ledergerber (*Domenik Ledergerber*), so etwas zu unterstützen, so einen Vorstoss zu unterstützen, der einfach quer liegt zum Bauernstand. Das erlaube ich mir auch als Nichtbauer zu sagen. Bitte, steht auf und erklärt mal, warum ihr so etwas unterstützt und schreibt es nachher vor allem in die Bauernzeitung. Das wird euch bei den Nationalratskandidatur helfen.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Von Hans Egli haben Sie bereits sehr viele kleine Beispiele gehört. Ich möchte eine etwas höhere Flugebene einnehmen, denn wir Grünen sind der Meinung, dass der Biodiversitätsverlust eben doch wichtig ist, da die aktuelle Aussterberate weltweit den natürlichen Verlust an Arten bereits um das 100-fache

übersteigt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sprechen deshalb vom sechsten Massenaussterben. Zur Erinnerung: Beim fünften Massenaussterben verschwanden vor 66 Millionen Jahren die Dinosaurier. Damals war es ein Astroiden-Einschlag, heute verursacht dies der Mensch – hinsichtlich der Erdgeschichte etwa im gleichen Tempo. Die Fachleute sind sich bewusst, dass in den letzten hundert Jahren eine gleichgrosse Krise wie beim anthropogenen Klimawandel vonstattengeht. Dieser rasante Verlust der Biodiversität ist katastrophal. Die Zahlen des Bundes sind deutlich. Wir haben es heute Morgen bereits mehrmals gehört: Zwei Drittel der Arten und die Hälfte des Lebensraums der Schweiz sind gefährdet. Im Kanton Zürich sind die Zahlen eigentlich noch drastischer: Fast die Hälfte der Arten und Lebensräume sind bedroht. Um die Artenvielfalt zu erhalten, braucht es ausreichende ökologische Infrastrukturen. Besonders gravierend ist auch, dass die Vielzahl der noch ungefährdeten Pflanzen und Tierarten, dass bei denen die Individuenzahl sinkt. Für ein Funktionieren der Landwirtschaft und für den Erhalt der Ernährungssicherheit ist der Erhalt der Biodiversität unerlässlich. Auch ist klar, wenn man die Studien des Bundes liest, dass die Massnahmen nicht ausreichen, um diese Biodiversitätskrise zu stoppen. Die Gründe sind auch klar: Die Bevölkerung im Kanton Zürich wächst; wir brauchen immer mehr – fast schon exponentiell – Wohnflächen; wir sind hochmobil. Das beansprucht die Landschaft und die Natur sehr stark.

Das Potenzial der im Postulat geforderten Flächen ist vermutlich nicht ganz so gross, um die grossen Ursachen des Biodiversitätsverlustes zu bekämpfen. Das ist uns Grünen selbstverständlich klar. Dafür sind die aufgeführten Flächen zu klein, zu wenig vernetzt und auch zu wenig abwechslungsreich. Wir müssen aber auch auf den letzten kleinen Flächen die Biodiversität fördern; das müssen wir tun. Wir müssen es überall tun, auch auf den im Postulat geforderten Flächen.

Ich hoffe auf eine breite Unterstützung des Postulats. Wie Sie sehen, erstreckt es sich auch auf andere Bereiche, welche bei der Biodiversitätsförderung helfen oder vielleicht sogar mehr helfen als dieses Postulat. Wir können den Biodiversitätsverlust nicht bekämpfen, wenn wir nur an den Strassenrändern fördern; das reicht kaum. Aber wir müssen es dort auch tun. Wir Grünen setzen uns immer für mehr Biodiversität ein, für mehr Vielfalt statt Asphalt. Deshalb unterstützen wir das Postulat.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Weil der Mensch zum ruhe- und rastlosen Nomaden wurde, ist die Artenvielfalt von Tieren und

Pflanzen arg gefährdet, denn ohne entsprechende Infrastruktur bewegen sich Menschen selten. Und Verkehr mit all seinen Begleiterscheinungen hat eben auch negative Effekte auf die Umwelt. Da diese Binsenweisheit auch dem Bundesamt für Strassen nicht verborgen blieb, beschloss es im vergangenen Jahr, 20 Prozent der Grünflächen entlang der Nationalstrassen zu Biodiversitätsflächen aufwerten zu wollen, denn so können diese ungenutzten Flächen zu wichtigen Lebensräumen für Tiere und Pflanzen – wie Orchideen, Eidechsen, Schmetterlinge oder Wildbienen – werden.

Was für die Nationalstrassen gilt, können wir selbstverständlich auch auf die feinmaschigere Strasseninfrastruktur eines Kantons anwenden. Zum Glück gibt es bereits Gemeinden, die das Potenzial des Strassenraumes für Aufwertungsmassnahmen entdeckten und nutzen. In Affoltern am Albis werden beispielsweise alle neu entstehenden Inseln für 30er-Zonen wenn immer möglich mit Bäumen bepflanzt oder zumindest extensiv begrünt. Das ist nicht nur ein Gewinn für die Biodiversität, sondern auch für die Verschönerung des Ortsbildes und damit eine Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung; also ein Dreifachgewinn.

Verkehrsbegleitende, artenfördernde Bepflanzungen auszudehnen, hat zudem den angenehmen Effekt, dass sie in der Regel keine Frucht- oder andere landwirtschaftliche Nutzflächen beanspruchen. Epische Diskussionen zwischen Bäuerinnen und Umweltschützern müssten uns also bei diesem Vorstoss erspart bleiben. Weil Hans Egli nicht nur ein Bauer im Anzug ist, sondern auch ein Landwirt, der sich in der Materie auskennt, können wir ihm in diesem Fall vertrauen. Weil dieses menschen- und naturfreundliche Postulat so sympathisch ausgewogen daherkommt, wird die EVP es gerne unterstützen.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Hans Egli hat sich bei Hans-Peter Amrein bedankt – in Anführungs- und Schlusszeichen. Seitenwegen dürfen wir heute über dieses Postulat sprechen. Die FDP hingegen bedankt sich bei den Postulanten; danke, dass dieses Thema aufgenommen wurde.

Wie wir wissen, steht es um die Biodiversität im Kanton Zürich, in der Schweiz und auf der ganzen Welt schlecht. Wir sind der Meinung, dass dieser durch gescheite Massnahmen Einhalt geboten werden sollte – also diesem Abbau der Biodiversität. Zu den gescheiten Massnahmen gehört aus unserer Sicht sicherlich das Nutzbarmachen von Brachflächen, Flächen – wie sie beispielsweise im Postulat vorgeschlagen sind

– entlang von Strassen oder Velowegen, Räume, die die Strasseninfrastruktur vom Siedlungs- und vom Kulturraum trennen. Hier besteht – anders als bei Landwirtschaftsflächen – kein Nutzungsdruck. In diesem Sinne sind wir der Meinung, dass ihr Wert für die Biodiversitätsförderung unbedingt geprüft und auch erschlossen werden sollte. Vielleicht ergibt sich ja aus einer Biodiversitätsförderfläche entlang einer Strasse eine kleine Möglichkeit für eine Vernetzungsfläche – zu hoffen wäre es, weltweit. An der Konferenz in Montreal im Dezember 2022, an welcher die Schweiz zusammen mit 195 anderen Staaten ein weltweites Artenschutzabkommen unterzeichnet hat, hat es sich gezeigt, dass es Biodiversität schlecht geht. Der Artenrückgang hat massiv angezogen. Warum uns das beschäftigen sollte, Hans-Peter Amrein? Für uns ist es relevant, für uns ist es inhaltlich relevant, weil es auch mit unseren Lebensgrundlagen zu tun hat. Geht die Biodiversität endgültig verloren, gehen unsere Ökosysteme, welche als Grundlage für die Ernährung von Mensch und Tier dienen, verloren. Das ist eine akute Bedrohung für die Menschheit. Ein Faktum ist, dass das nicht nur 196 Staaten in Montreal erkannt haben, sondern auch Firmen. Sie schliessen sich freiwillig in der sogenannten Taskforce on Nature-related Financial Disclosures, TNFD, zusammen, ein Schritt, der im Kanton Zürich bereits die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) gemacht ist. Damit zeigen auch Firmen an, wie wichtig Erhalt und Förderung der Biodiversität eben sind.

Die FDP unterstützt das vorliegende Postulat. Interessant wäre es aus unserer Sicht, wenn künftig auf Biodiversitätsförderflächen entlang von Strassen zusätzlich Photovoltaik-Anlagen realisiert werden. Solaranlagen auf der grünen Wiese können nämlich einen Beitrag zur Biodiversität leisten. Das ist das Fazit einer Studie, welche die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Auftrag des Bundesamtes für Energie durchgeführt hat. Wir erwarten in diesem Zusammenhang natürlich auch, dass biodiversitätsschädigende Subventionen überprüft werden. Das möchten wir der Regierung gerne nochmals mitgeben. Wir unterstützen das Postulat.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Velowege, Strassen und Lärmschutzwände sind Infrastrukturen, die wir für uns Menschen bauen und unterhalten. Wir sind auf sie angewiesen, wenn wir uns austauschen oder uns vor unerwünschten Immissionen schützen wollen. Ich kenne wirklich niemanden, der diese unverzichtbaren Elemente grundsätzlich infrage stellt. Im Einzelfall sind die Bauten und Anlagen natürlich schon teilweise umstritten, nichtsdestotrotz sind sich alle ihrer grundsätzlichen Bedeutung für unser Leben bewusst.

Was wir für uns als zentral und zwingend notwendig erachten, sollten wir unseren Pflanzen und Tieren auch gönnen, ach, was heisst schon gönnen, es ist geradezu unsere Pflicht, unseren Pflanzen und Tiere zu ermöglichen, sich flächendeckend untereinander auszutauschen. Erst wenn das – im Gegensatz zu heute – gewährleistet ist, können wir von einer intakten ökologischen Infrastruktur reden. Und erst, wenn wir unsere heutige marode ökologische Infrastruktur saniert haben, können wir den starken und raschen Verlust von Biodiversität bei uns stoppen. Das Postulat liefert einen kleinen Mosaikstein, aber immerhin einen Mosaikstein der ökologischen Infrastruktur. Entsprechend überweisen wir Grünliberalen das Postulat.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Die Kantone haben nebst den Gemeinden eine Schlüsselrolle bei der Erhaltung und Förderung der Biodiversität. Der Handlungsbedarf bezüglich des Erhalts und des Schutzes der Biodiversität ist mit erdrückenden Fakten, wie beispielsweise dem rasanten Artenschwund, Herr Amrein, genügend belegt. Fakt ist, dass die Biodiversität trotz der aktuellen Bestrebungen sowohl innerhalb als auch ausserhalb von Schutzgebieten auf dem Rückgang ist. Auch ökonomisch ist belegt, dass die Folgen des Nichthandelns wesentlich höhere Kosten zur Folge haben als wirkungsvolle Schutz- und Förderbestrebungen, die heute ergriffen werden.

Der Siedlungsraum ist wichtiger Lebensraum für zahlreiche Pflanzen und Tiere und kann eine beachtliche Vielfalt hervorbringen. In einer Zeit, wo verdichtetes Bauen angesagt ist, verschwinden täglich wertvolle Grünflächen. Umso wichtiger ist es, die verbleibenden Flächen und insbesondere Strassenbegleitflächen naturnah und biodivers zu gestalten, damit ein Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt geleistet werden kann.

Selbstverständlich sind dies alles nur punktuelle Massnahmen, die jedoch einen kleinen, aber wichtigen Beitrag leisten für eine Aufwertung unserer Natur und Landschaft. Der Handlungsbedarf ist jedoch unbestritten gross und dringlich. Gute Planungsgrundlagen existieren, die aktuelle Umsetzung reicht jedoch nicht aus, um den Verlust an Biodiversität zu stoppen. Damit der Kanton Zürich seine Pflichten vollumfänglich wahrnehmen und seinen Aufgaben gerecht werden kann, müssen dringend effektive Massnahmen zur Förderung der Biodiversität gemäss den Forderungen im Postulat finanziert und umgesetzt werden. Dies verlangt zudem nach entsprechenden personellen Kapazitäten und

finanziellen Mitteln. Und eben diese Mittel müssen wir dann als Parlament auch anlässlich der kommenden Budgetsitzung zur Verfügung stellen.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Zuerst möchte ich mich vorbeugend bei Hans-Peter Amrein entschuldigen, dass ich hier nicht in Stallkleidung erscheine, aber die Kollegen zur Linken und zur Rechten wissen das sicher zu schätzen. (*Heiterkeit*)

Selbstverständlich habe ich den Argumenten des Kollegen Egli nichts mehr hinzuzufügen. Er hat eigentlich alles schon gesagt. Die Mitte wird das Postulat selbstverständlich unterstützen. Ich möchte noch hinzufügen, dass wir bei all den Massnahmen, die wir prüfen, auch mitberücksichtigen, dass die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird durch die Fauna, die sich dabei allenfalls einstellen könnte und umgekehrt natürlich auch, dass die Tiere durch den Verkehr nicht bedroht werden. Die Massnahmen sind vermutlich wegen der Verkehrssicherheit nicht überall umsetzbar, auch, damit die Tiere nicht einfach überfahren werden.

Judith Stofer (AL, Zürich): Ich kann nicht nachvollziehen, warum sich Hans-Peter Amrein über diesen Vorstoss so echauffiert, den auch die Alternative Liste unterschrieben hat. Wir wissen alle, bei der Biodiversität ist es fünf nach zwölf. Wir haben momentan eine enorme Handlungsverpflichtung, nicht nur momentan, sondern auch in nächster Zeit. Als Fussgängerin kann ich Ihnen nur sagen, es ist einfach erbaulicher, neben einem biodiversen Feld, einer Wiese oder einem Blumenfeld zu spazieren als neben einer fetten Wiese. Bitte unterstützen Sie diesen Vorstoss, der den Kanton sicher nicht viel kostet, und auch, weil dann diese schweren Geräte nicht mehr eingesetzt werden müssen und weil man die Natur mit der Zeit sich selber überlassen kann – ausser natürlich die Neophyten, die dann entsorgt werden müssen. Dieses Problem haben wir auch ohne biodiverse Wiesen. Unterstützen Sie diesen sympathischen Vorstoss von Hans Egli.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Herr Amrein, wir müssten über diesen Vorstoss gar nicht reden. Wenn Sie nicht Diskussion verlangt hätten, dann müssten Sie sich nicht so aufregen. Deshalb verstehe ich Ihren leichten Ausfall nicht ganz.

Zum Inhaltlichen dieses Vorstosses muss ich sagen: Das alles ist nett und gut. Wir, die Grünen, haben ihn auch unterzeichnet. Aber Hand

aufs Herz: Damit ist das Biodiversitätsproblem im Kanton Zürich beileibe nicht gelöst. Wir müssen uns auch überlegen, wie oft und wofür wir eigentlich diese Flächen neben den Strassentrottoirs und Velowegen politisch in Anspruch nehmen wollen: Einerseits für den Lärmschutz, zweitens für Solaranlagen, drittens für Biodiversität und wahrscheinlich kommt noch das eine oder andere hinzu. Es sind kleine Flächen; es sind auch sehr unwirtliche Flächen. Welche Säugetiere, die in unserem Kanton leben, sollen da leben? Welche Vögel sollen da brüten, wenn ständig Verkehr mit 80 Stundenkilometern vorbeifährt? Da muss man schon einfach ein wenig realistisch sein und sich fragen, ob dies für ein paar Insekten, vielleicht für den einen oder anderen Kleinnager, der im Boden wühlt – wahrscheinlich eher Mäuse – seinen Zweck erfüllt; natürlich auch für die Flora, da das eine oder andere dort gedeiht. Aber echter Naturschutz und echter Schutz der Biodiversität funktioniert anders. Ich glaube, damit können wir einen kleinen Schritt machen, aber das genügt bei Weitem nicht.

Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Danke vielmals für die wohlwollenden Voten. Selbstverständlich bin ich mit dem grünen Referenten, mit Thomas Forrer, einverstanden: Es ist ein kleiner Schritt, trotzdem ist es ein wichtiger Schritt; er hat Vorbildfunktion. Zu Hans-Peter Amrein möchte ich sagen, dass mit diesem Postulat der Bewirtschaftungsaufwand kleiner und nicht grösser wird und somit auch die Kosten, auch braucht es weniger Manpower. Es geschieht also das Gegenteil, Herr Amrein, also das Gegenteil von dem, was Sie behauptet haben. Hinzu kommt – und das wird vermutlich auch von Ihnen nicht bestritten –, dass dieser Vorstoss, die Umsetzung dieses Postulats, einen ökologischen Mehrwert bringt. Selbstverständlich ist er nicht gigantisch, aber er ist vorhanden.

Zur Landwirtschaft: Warum kommt dieser Vorstoss von Seiten der Landwirtschaft? Weil die Landwirtschaft stets im Fokus aller Biodiversitätsforderungen ist. Die Landwirtschaft kann die Biodiversität nicht alleine retten. Es braucht alle, alle auf dieser Erde, alle in diesem Kanton, die etwas zur Biodiversität beitragen können. Es braucht die Strassenbegleitflächen, es braucht die Vorgärten, die Golfplätze und so weiter. Alle können ihren Beitrag leisten, und jeder Beitrag ist wertvoll. Darum geht es hier. Es geht um ein Signal, aber es geht auch um Vorbildcharakter. Wo es sinnvoll ist und es keine Mehrkosten, sondern Minderkosten verursacht, wie bei diesem Vorstoss, da gibt es wirklich keinen Grund, Nein zu stimmen, kein einziges Argument.

Dann möchte ich noch die Frage in den Raum stellen, sollte Herr Amrein nochmals das Wort ergreifen: Ist drei Mal mulchen billiger oder einmal mähen? Welcher Aufwand ist kleiner? Das möchte ich dann noch beantwortet haben, wenn meine Erklärung nicht ausreichend war. Fazit: Dieser Vorstoss ist sinnvoll, er hat Vorbildcharakter; er bringt etwas. Deshalb danke ich Ihnen für die Unterstützung.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Wir wurden von Hans-Peter Amrein angesprochen. Gerne gebe ich Auskunft, weshalb wir als Bauern ebenfalls für diesen Vorstoss sind. Hans Egli hat es gesagt: Wir wollen, dass auch der Kanton auf seinen Flächen, wo möglich, einhält, was er von der Landwirtschaft verlangt. Darum geht es. Es geht auch nicht um Mehrkosten, sondern es geht eben darum, dass manchmal weniger mehr ist. In diesem Fall ist tatsächlich weniger mehr. Mehr heisst, dass man nicht unbedingt sieben Schnitte in den Strassenbegleitflächen vornehmen muss und keinen englischen Rasen in Strassenbegleitflächen braucht, sondern erst wenn die Sicherheit bei der Durchfahrt nicht gewährleistet ist – wie Konrad Langhart bereits gesagt hat –, dann muss zurückgemäht werden und nicht unbedingt aus anderen Gründen.

Wir haben ein schönes Beispiel: Neben unserem Provisorium in Oerlikon, neben der Halle 9, war die Flora der Strassenbegleitflächen bereits als Biodiversitätsförderflächen angelegt. Das ist ein gutes Beispiel, wie man es auch andernorts umsetzen könnte. Das bedeutet eben nicht Mehrkosten, sondern eigentlich eher weniger Kosten, wenn wir keinen englischen Rasen auf den Strassenbegleitflächen haben müssen. Das ist unser Anliegen. Wir brauchen da nicht jede Woche zu mähen und zu bewässern. Im Gegenteil Wir brauchen eine Begleitflora, die auf Kiesflächen gedeiht. Dann sieht man vermehrt Eidechsen und andere Tiere, die dort leben, auch Insekten, die dort Nahrung finden. Wir wollen genau dieselbe Handhabung auf diesen Flächen, also nicht mehr, sondern weniger Kosten. Der Kanton soll diesbezüglich ein Vorbild sein. Deshalb ist die Landwirtschaft dafür; es gibt dabei keine Konkurrenz zu den Landwirtschaftsflächen.

Wir haben im Kanton Zürich übrigens überall weitere nichtlandwirtschaftliche Nutzflächen. Die Schweiz besteht zu einem Viertel aus sogenannten unproduktiven Flächen. Diese, geschätzte Linke, die dürft Ihr auch mitzählen, wenn es um die Biodiversitätsförderung geht. Führt nicht immer die 25 Prozent landwirtschaftlicher Nutzflächen an, die wir in unserem Land haben. Versuchen wir doch auf diesen 25 Prozent unproduktiven Flächen – das ist immerhin eine Million Hektare in der Schweiz –, Biodiversitätsförderflächen zu fördern, so dass wir keinen

Zielkonflikt mit der Landwirtschaft haben. Diese Flächen, die in diesem Postulat gemeint sind, die gehören da dazu. Deshalb sind wir dafür. Herzlichen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal: Nun zu Martin Hübscher: So spricht ein Subventionierter; noch etwas mehr Flächenbewirtschaftung (*Heiterkeit*). Die einzigen guten Argumente habe ich von der linken Seite gehört. Ja, das gibt es auch. Thomas Forrer, das Votum war klar und deutlich: Es ist unnötig. Und die Kollegin von der AL, die es sich doch noch erlaubt hat, die Problematik der Neophyten in diesem Kanton zu erwähnen. Da haben wir ein Problem, Hans Egli, bei den Neophyten: Da haben wir wirklich ein Problem. Aber davon höre ich von eurer Seite nichts, nichts. Ich höre nur von Blümchenwiesen und von irgendetwas anbauen, was nicht nötig ist, was die Natur von sich aus macht. Ich hätte noch eine weitere Idee. Vielleicht kann der Landwirtschaftsminister (*Regierungsrat Martin Neukom*) diese aufnehmen. Kennen Sie die Website «Trüffelgarten», Frau Franzen? Wie wäre es, wenn man die Böschungen mit Trüffeln unterpflanzen würde? Dann hätten a) alle unsere lieben grünen Freunde Freude, weil sich die Strassen früher oder später absenken würden, b) könnte man die Säugetiere dort ansiedeln, die Thomas Forrer genannt hat, und c) könnte man etwas zusätzlich Unnötiges in die Postulatsantwort oder in dieses Postulat einbauen. Das macht doch einfach keinen Sinn, was wir hier diskutieren, Hans Egli. Noch einmal: Kümmert euch um das, was nötig ist. Ich denke, das macht die Baudirektion. Aber sie hat zum Beispiel nicht genügend Mittel und nicht genügend Leute, um sich um die Neophyten in diesem Kanton zu kümmern, etwas, das viel wichtiger ist als das, was Ihr hier verlangt.

Noch zum Schluss: Kollege Erni, um wieder einen Linken zu nennen, der hier wirklich eine Schnapsidee hat. Kollege Erni verlangt, dass entsprechende finanzielle Mittel und personelle Ressourcen zu diesem Postulat dann ins nächste Budget eingebaut werden müssten. Haben wir nichts Wichtigeres und nichts Interessanteres zu tun, wie diese Sache hier? Wir haben einen Krieg ein paar Hundert Kilometer von hier entfernt (*gemeint ist der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine*). Wir haben Asylanten, dass es uns zu den Ohren herausläuft – entschuldigung, dass ich das so sage –, wir haben Asylanten, die keine Unterbringung finden. Und dieser Rat hat diesen ganzen Tag nichts anders zu tun, als – Entschuldigung – grösstenteils unnötige Vorstösse zu diskutieren.

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Ich muss zu den von mir aus gesehenen links liegenden Rechte etwas einwenden: Sie hatten keinen Mut gehabt, meinen Vorstoss zur Neutralität (*KR-Nr. 318/2022*) zu unterstützen. Jetzt muss ich doch noch einen kleinen Seitenhieb versetzen, wenn es um die Biodiversität geht. Das geht auch Hans Egli an.

Also von mir aus gesehen ist der Vorstoss ein reines Alibi, Pflästerli-Politik. Du hast von Signal- und Vorbildcharakter entlang der Strassen gesprochen. Die FDP, Frau Franzen, würde es noch für Vernetzungsmöglichkeiten nutzen. Das alles nützt doch überhaupt nichts. Aber alle Parteien haben Freude daran, wie ich sehe. Aber solange die Agro-Industrie bestimmt, wie die Landwirtschaft aussehen soll, damit die deutsche Monsanto und die chinesische Syngenta (*Agrochemiekonzerne*) ihre Profite machen können; es funktioniert ja genauso wie in der Pharma-Industrie. Wenn man – wie die Indianer vor 200 Jahren – die Natur in Reservate abschieben will, also der Strasse entlang und dann noch vernetzen, dann sieht es aus wie in Amerika bei den Indianern, die sich in kleine Siedlungen zurückziehen mussten. Die Lösung wäre doch eine Landwirtschaft ohne krebserregendes Glyphosat und ohne alle anderen Pestizide. Judith Stofer, ich meine, Fettwiesen braucht es halt, um Tiere zu ernähren. Das kann man aber auch auf biologischen Anbauwiesen machen. Dann hätten wir flächendeckend Biodiversität. Alles andere ist reine Pflästerli-Politik. Danke vielmals.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 162 : 1 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 238/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Anti-Littering – Lösungen ausserhalb des Siedlungsgebietes

Motion Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Sandra Bossert (SVP, Wädenswil) vom 4. Oktober 2021

KR-Nr. 349/2021, RRB-Nr. 1487/8.12. 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 8. Dezember 2021 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Bestimmt ist es Ihnen auch schon passiert, dass Sie eine wunderschöne Landschaft mit Fastfood-Verpackungen oder Frosch-Gequake mit Getränkedosen im Wasser teilen mussten. Oder dass Sie sich vor lauter modernem Chillout-Unrat gefragt haben, wie hier beim Chillen und somit in der Ruhe eine Kraft liegen soll, wenn selbst die Kraft zum Gang zum nächsten Abfallkübel gefehlt hat. Soweit die philosophische Betrachtung unserer einst wertebasierten und mittlerweile nahezu wertefrei funktionierenden Gesellschaft.

Zum Rechtlichen: Grundsätzlich sind die Gemeinden und Städte für die Abfallbeseitigung auf ihrem Gebiet zuständig. Mit dem Etablieren von Fastfood und dem veränderten Konsumationsverhalten – alles ist heute instant verfügbar und to-go konsumierbar – hat sich gezeigt, dass auch die ländlichen Gebiete vermehrt durch Littering beeinträchtigt werden. Dabei entsteht Littering nicht nur durch die ortsansässige Bevölkerung, sondern auch durch Erholungssuchende oder durch Transitverkehr. Darüber hinaus ist festzustellen, dass entlang von Hauptverkehrsachsen respektive Staatsstrassen, Rad- und Freizeitrouten besonders viel Abfall anfällt. Hier steht der Kanton als Eigentümer der Strassen und als Hauptverantwortlicher der Raumplanung in einer besonderen Verantwortung. Das Potenzial von Abfall an diesen neuralgischen Orten steht denn auch mit den Entscheidungen des Kantons in kausalem Zusammenhang, was eine Kostenbeteiligung des Kantons sehr wohl rechtfertigt.

Mit unserer Motion möchten wir erreichen, dass die Gemeinden in Abstimmung mit dem Kanton Korridore ausserhalb des Siedlungsgebietes definieren, welche entlang von kantonalen Infrastrukturen verlaufen oder von Bund und Kanton ausgeschiedene Zonen wie Naturschutzgebiete oder kantonale Gewässer. Diese Korridore sind durch die Gemeinden selbst mit Hilfe der lokalen Landwirtschaft, lokalen Anbietern oder Privatpersonen regelmässig zu säubern. Die Gemeinden sollen frei entscheiden können, wie und an wen sie diese Arbeiten übertragen.

Die Leistungserbringer sind für den Aufwand durch Mittel aus dem Natur- und Heimatschutzfonds zu entschädigen. Dieser Fonds ist prädestiniert dafür, sagt doch bereits der Name aus, was damit erreicht werden soll, nämlich Naturschutz und Heimatschutz. Die Natur wird somit also

dort geschützt, wo der Ursprung weiteren Übels entsteht. Man verhindert damit, dass dereinst Mikroplastik und weitere Stoffe im Trinkwasser, in Seen, im Meer und somit im Kreislauf landen. Danke, wenn Sie diese mittlerweile hinlänglich bekannte Weitsicht mit uns teilen.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Littering ist ein von allen Seiten unbestrittenes Ärgernis. Aber ist das Ärgernis auch lösbar mit der vorliegenden Motion? Ansatzweise lösbar, vielleicht, aber zu welchem Preis? Aber beginnen wir nicht am Schluss des Motions-Textes, sondern am Beginn.

Unbestritten ist, dass auch draussen auf dem Lande das Problem Littering grösser wird. Dabei entsteht – so ist in der Motion zu Recht zu lesen – Littering nicht nur durch die ortsansässige Bevölkerung, sondern auch durch Erholungsuchende aus der jeweiligen Region, aus den Städten oder durch den Transitverkehr. Davon abgeleitet wird nun, dass der Kanton als Eigentümer der Strassen und Hauptverantwortlicher der Raumplanung in einer besonderen Verantwortung stehe. Das würde somit auch bedeuten, liebe SVP, dass der Kanton ebenso verantwortlich ist für das übermässige Littering in den Städten und der Agglomeration, ist doch hier der Kanton massgebend verantwortlich für die in der Raumplanung geforderten Verdichtung. Warum gibt es hier keine entsprechenden Forderungen, liebe SVP? Weil es in den Städten keine Landwirte gibt, denen man im Vorbeigang mit dieser Motion noch eine zusätzliche Aufgabe, sprich staatliche Unterstützung zuschanzen kann? Aus dem Natur- und Heimatschutzfonds, einem Fonds, der notabene nicht, oder sagen wir zugunsten der SVP, kaum für solche Massnahmen vorgesehen ist.

Wir halten es in diesem Fall vielmehr mit dem Regierungsrat; er schreibt: «Um das ärgerliche Littering und seine volkswirtschaftlichen Kosten wirkungsvoll zu bekämpfen, sind vielmehr Massnahmen an der Quelle konsequent weiterzuführen.» Dafür setzen wir uns ein und nicht für ein verstecktes Bewirtschaften des eigenen Klientels und des offensichtlichen Aufblähens des Staatswesens an falscher Stelle. Wir werden die Motion ablehnen.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Littering ist ärgerlich und muss möglichst verhindert oder rasch möglichst beseitigt werden. Es ist bekannt, dass überall, wo bereits Abfall liegt, leichtfertig noch weiterer hinzugeworfen wird. Mit dem ersten Teil dieser Motion, mit der Lösung im ersten Teil der Motion, sind wir einverstanden. Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und weiteren sollen diese Abfälle

beseitigen. Diese Aktionen aus dem Natur- und Heimatschutzfonds finanzieren zu lassen, wäre eine Zweckentfremdung dieses Fonds. Die Gelder aus diesem Fonds werden für den Natur- und Heimatschutz dringend benötigt.

Littering soll möglichst verhindert werden mit Informationen, Massnahmen und auch mit Bussen. Allerdings ist bekannt, dass die Bussen allein wenig wirksam sind. Entscheidend für eine Abschreckung ist nicht die Höhe der Bussen, sondern die Höhe der Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden. Das Littering auf Feldern und Wiesen ist für Bauern ein grosses Problem; das ist uns bewusst. Aus diesem Grund wird der Bauer in unserer Fraktion (*gemeint ist Konrad Langhart*) dieser Motion und auch dem Postulat unter Traktandum 11 zustimmen. Der Rest der Mitte-Fraktion unterstützt diese Motion nicht.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Die Kosten für die Gemeinden belaufen sich schweizweit mittlerweile auf 200 Millionen Franken. 75 Prozent fallen auf den öffentlichen Raum und 25 Prozent betrifft den öffentlichen Verkehr. Das ist tatsächlich sehr viel Geld. Um dem Übel entgegenzuwirken, werden seit über 20 Jahren vom Bund und den Kantonen Anti-Littering-Kampagnen finanziert und durchgeführt. TV-Werbung, Plakate, Unterricht an den Schulen und jährlich wiederkehrend werden sogenannte Clean-up-Days von den Gemeinden und Schulen durchgeführt. Zweck dieser Übung ist: Sie sollen die Bevölkerung auf das Littering-Problem auch auf dem Land sensibilisieren. Viele Massnahmen haben auch tatsächlich Wirkung gezeigt. So wurden zum Beispiel in vielbesuchten Parkanlagen mehr und bessere Abfallsysteme aufgestellt. Aber wie erzieht man Erwachsene, die aus dem fahrenden Auto ihren Take-away-Abfall entsorgen? Es gibt wohl für dieses schlechte Benehmen kein patentenes Rezept. Wir können auch nicht entlang der Kantonstrassen überall Abfalleimer hinstellen.

Wir Grünen sind aber der Meinung, dass der Natur- und Heimatschutzfonds das falsche Kässeli ist. Die Bedenken der Regierung teilen wir vollumfänglich. Wir sind der Meinung, dass die Kampagnen gegen Littering konsequent weitergeführt werden müssen und an Orten, wo besonders viel Littering entsteht, auch konsequent gebüsst werden müsste. Das könnte man ja tun, aber das scheint irgendwie schwierig zu sein. Wir lehnen diese Motion auf jeden Fall ab. Danke.

Christian Schucan (FDP, Uetikon am See): Wir sind uns alle einig: Littering ist ein Verhalten, das nicht akzeptabel ist. Aus Faulheit, den ei-

genen Abfall nicht richtig zu entsorgen oder aus fehlendem Bewusstsein, was Littering in der Natur und in der Landwirtschaft für Schaden anrichten kann, wird Abfall sorglos weggeworfen. Wir sind weit davon entfernt, Zustände wie in Singapur zu erreichen, wo aufgrund drastischer Bussen niemand auf die Idee käme, auch nur einen Kaugummi achtlos wegzuzwerfen. Nun stellt sich also die Frage, ob diese Motion etwas zur problemlosen Lösung beiträgt.

Die Motion setzt aber nur bei der Littering-Beseitigung an. Am Littering selbst ändert sich dadurch nichts. Die Littering-Beseitigung ist heute in der Zuständigkeit der Gemeinden, was wir als sachgerecht betrachten. Dies wird durch die Unterhaltsdienste der Gemeinden entsprechend pflichtbewusst wahrgenommen. Auch die Idee, dass die Landwirtschaft und verschiedenen Player in den Gemeinden bei der Abfallbeseitigung mitwirken, wird heute bereits zum Beispiel mit dem nationalen Clean-up-Day oder Fötzeli-Tag erfolgreich umgesetzt.

Als verantwortlicher Gemeinderat in unserer Gemeinde haben wir beispielsweise auf dem ganzen Gemeindegebiet die Hotspots identifiziert und dann zusammen mit der Bevölkerung den Abfall gesammelt und beseitigt. Ein Finanzierungsproblem hat sich uns nicht gestellt. Die paar Bratwürste nach getaner Arbeit haben wir für die Teilnehmer gerne auf dem Grill bereitgestellt. Was von der Motion noch verbleibt, ist eine Finanzierung der Aufwände über den Natur- und Heimatschutzfonds. Wie bereits erwähnt, haben wir heute kein wirkliches Finanzierungsproblem. Eine Verlagerung von Kosten der Gemeinden zum Kanton trägt nichts zur Verbesserung der Situation bei. Die eigentlichen Verursacher haben dabei nichts zu befürchten, werden also ihr Verhalten auch nicht ändern. Die Entnahme der Mittel aus dem Natur- und Heimatschutzfonds würde zudem dessen Zweck aushöhlen, der im Kern Investitionen in den Naturschutz und Naturschutzprojekte umfasst und nicht für reine wiederkehrende Unterhaltsarbeiten gedacht ist. Zusammenfassend halten wir fest, dass die Motion nichts zur Problemlösung beiträgt, weshalb die FDP die Überweisung an den Regierungsrat ablehnt.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Wir gehen mit den Initiantinnen einig: Littering ist ärgerlich und unnötig; Littering verursacht Kosten und richtet Schaden an. Im Titel der Motion wird eine Lösung suggeriert, was aber geboten wird, würde jedoch zu noch mehr Problemen führen. Sinnvoll wäre eine Lösung zur Bekämpfung von Littering an der Quelle. Die Problematik von Littering ausserhalb der Siedlungsgebiete ist wahrlich dringlich. Diese Motion schlägt jedoch die Finanzierung von Aufräumarbeiten vor, nicht aus irgendeinem Fonds, sondern

aus dem Natur- und Heimatschutzfonds. Das Geld aus diesem Fonds geht jedoch an Projekte zur Förderung der Biodiversität und ganz sicher nicht an Aufräumarbeiten. Was wir brauchen, sind Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen; wir brauchen einfache und/oder innovative Lösungen, um die Entstehung von Littering zu verhindern. Nicht brauchen können wir ein neues Finanzierungssystem, das den Naturschutz aushöhlt und auch noch den Administrationsapparat aufbläht. Die Grünliberalen sind froh, wenn dieses Thema medial aufgenommen wird und wenn es dadurch, dass wir heute darüber reden, als Sensibilisierungsmassnahme wirken könnte. Die Motion werden wir aber nicht überweisen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ich spreche gleich zu den Traktanden 9 und 11, denn bei beiden Geschäften geht es um Littering.

Littering ist ärgerlich, haben wir eben gehört. Das ist noch eine anständige Formulierung. Man kann es aber auch deutsch und deutlich sagen: Littering ist eine Riesensauerei! Littering schadet der Natur, Littering schadet den Tieren und mit Littering werden die betroffenen Grundeigentümer geschädigt, ganz egal, ob es sich dabei um Private oder um die öffentliche Hand handelt. Denn Littering verursacht im besten Fall hohe Reinigungskosten, im schlimmsten Fall verenden Tiere elendiglich.

In seiner Antwort oder Stellungnahme schreibt der Regierungsrat, dass er zwar Verständnis für das Anliegen hat und dass er Littering auch nicht gut findet, aber das war es denn auch schon. Lieber Herr Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*), das ist für uns einfach zu wenig, da erwarten wir mehr.

Sie alle kennen die EVP als eine Partei, die stets sachlich und ausgewogen politisiert. Es gibt wohl kaum eine Fraktion, die so oft auf der Linie des Regierungsrates liegt, wie die EVP. Doch für einmal ist unsere Geduld am Ende. Ich gebe es zu, wir sind wütend und fühlen uns auch hilflos angesichts all der Schweinereien, die wir nach jedem Wochenende auf Parkplätzen und Wiesen antreffen. So geht es nicht weiter. Weil unsere Geduld am Ende ist, werden wir diese beiden Vorstösse unterstützen. Bei einer ganz kleinen Minderheit in unserer Fraktion ist die Vernunft noch ein wenig grösser als der Ärger. Deshalb wird sie die beiden Vorstösse im Moment nicht unterstützen.

Judith Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird die Motion aus mehreren Gründen nicht überweisen. Erstens, weil es eine Zweckent-

fremdung des Natur- und Heimatschutzfonds ist. Uns ist die Renaturierung der Gewässer wichtiger, als die momentane Bekämpfung des Litterings, das muss ich sagen. Und zweitens gibt es eine ganz einfache Möglichkeit, das Littering wirklich einzudämmen, indem man nämlich es an der Quelle bekämpft, das heisst bei den Detailhändlern, Take-aways und bei all jenen, die ihre Esswaren verkaufen und viel Verpackung dafür brauchen. Die sollten eigentlich dieses Zeugs nicht mehr verpackt verkaufen dürfen. Dann wäre nämlich eine ganz grosse Menge an Littering schon weg.

Ich putze jeden Samstag einen kleinen Garten. Dann sehe ich, was da an Verpackungsmaterial an den Wochenenden liegenbleibt. Da sind Pizza-Boxen, da sind Döner-Boxen, all das Take-away-Zeugs, das man kauft. Es ist ein gesellschaftliches Problem. Also, packen wir es anders an als mit Verboten und mit Bussen. Die Alternative Liste unterstützt die Motion nicht. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Richtig, Frau Stofer, das ist ein gesellschaftspolitisches und ein gesellschaftskulturelles Problem. So lösen, wie der Präsident des Polizistenverbandes (*gemeint ist Markus Schaaf*) es möchte, kann man es nicht, ganz sicher nicht, nämlich aus einem weiteren Kässeli hier den Staat wieder einmal aufräumen lassen.

Was nützt? Was nützt, ist, was die Kollegin Fehr Düsel (*Nina Fehr Düsel*) in einem Vorstoss 277/2018 indirekt gefordert hatte. Aber da stand noch nicht oder erst seit kurzem ein Bauer ihrer Fraktion vor (*gemeint ist Martin Hübscher*). Jetzt steht er vor, und jetzt kommen die Vorstösse Zurfluh, die Bauernkasse auch hier noch etwas aufzubessern. So sieht es doch aus. Nein, das muss man anders lösen. Und das muss man halt lösen, indem sagt, wer nicht hören will, fühlen muss. Wer nicht hören will, muss fühlen, Herr Schaaf! Und dann braucht es halt Konsequenzen. Und Konsequenzen können nur Bussen sein und müssen Bussen sein. Die Mehrheit hier drin will eine Zehn-Millionen-Schweiz. Das gibt auch mehr Abfall; das ist logisch, egal ob man jetzt den Abfall etwas anderes verpackt oder nicht. Und es braucht mehr Ordnung. Ich wünschte mir, es wären nur 10 Prozent Japan, die wir hier hervorbringen könnten in diesem Rat. Aber sicher nicht einen Vorstoss Zurfluh, der den Leuten noch mehr ihren Hintern putzt und wieder staatliche Gelder für eine Schweinerei – da hat Herr Schaaf recht – ausgibt. Nein. Seid doch einmal konsequent und sagt doch einfach, wer nicht hören will, muss fühlen. Es kann ja nicht sein, dass überall Parkbussen verteilt werden und Geschwindigkeitsbussen, aber bei diesen Schweinereien

passiert nichts, weil nämlich die grosse Mehrheit hier drin kein Culot – auf gut Französisch – hat, weil die grosse Mehrheit hier drin nicht den Mut hat zu sagen, es reicht. Richtig Herr Schaaf, es reicht.

Ich bin bald am Ende meiner Amtszeit hier. Aber kommt jetzt doch mal und macht doch mal einen Vorstoss in dieser Sache. Es ist nämlich ein Dauerthema, das ganz klar und deutlich sagt: In diesem Kanton geht es nicht so weiter, dass man den Abfall einfach aus dem Fenster wirft. Seien Sie mal konsequent. Ich erwarte von der Regierung, Herr Neukom, dass hier ein Vorstoss kommt, vor allem von ihrem lieben Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*), der ja mit allen sehr lieb und gut vernetzt ist und der sich auch mit dem Kollegen Schaaf sehr gut versteht. Bringt hier einen Vorstoss, dass endlich Remedur geschaffen wird.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Meine Interessensbindung: Wir betreiben einen Landwirtschaftsbetrieb. Ich möchte etwas richtigstellen: Bei diesem Postulat geht es nicht darum, den Landwirten noch mehr Geld in die Kasse zu schütten. Es geht darum, Tiere zu schützen. Wer einmal ein Rind erlebt hat, das im Heu die Reste einer verschnetzten Alubüchse gefressen hat und elendiglich daran verreckt – anders kann man das nicht nennen –, dem geht es um die Tiere, um das Tierwohl und in keiner Weise darum, den Landwirten die Taschen zu füllen. Ich finde das ein wenig despektierlich. Das sagen Leute, die keine Ahnung von den Arbeiten eines Landwirtes haben. Der hat nämlich anderes zu tun, als Abfall aus dem Gras zu lesen. Wir machen das natürlich, denn wir wollen unsere Tiere möglichst schützen. Aber, manchmal übersieht man etwas, und das kostet einem oder mehreren Tieren das Leben. Es ist einfach so. Deswegen ist dieser Vorstoss entstanden. Deshalb unterstützen ihn die Landwirte. Ob es nun die richtige Kasse ist oder nicht, darüber kann man diskutieren. Aber, dass das ein Problem ist, dass es dabei vor allem um die Tiere geht und nicht um die Landwirte, das möchte ich hier hervorheben. Danke.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Littering, also ich bin schon etwas enttäuscht von Seiten der SP: fehlende Argumentation. Markus Bärtschiger versuchte, darauf hinzuweisen, was in der Motion steht. Lieber Markus, lesen können eigentlich alle. Ich bin mit dir einig, nicht alle verstehen, was drinsteht. Das hast du ja gezeigt. Ich nehme an, du hast es in der Fraktion ebenfalls vorgelesen. Ihr habt nur Angst, dass der Fonds beziehungsweise das Kässeli, wie gesagt wurde, geleert wird, damit ihr eure eigene Klientel nicht mehr damit bedienen könnt. Und an

Hans-Peter Amrein: Es ist kein neues Kässeli, es ist einfach ein anderes, das schon besteht.

Wer hat in der Stadt Zürich übrigens die landwirtschaftlichen Betriebe grösstenteils vertrieben und alles dafür getan? Wer? Wer? Es ist sicher nicht die bürgerliche Mehrheit gewesen, definitiv nicht. Massnahmen an der Quelle bekämpfen, Ihr habt gesagt, Massnahmen an der Quelle bekämpfen. Die Einzige, die etwas dazu gesagt hat, ist Judith Stofer. Nun ist wieder die Wirtschaft daran schuld. Nein, es geht um diejenigen Menschen, die Littering machen. Die anderen haben das Verpackungsmaterial. Ja, aber die werfen das nicht einfach fort. Es sind die Menschen, die das machen. Es hätte eigentlich genügend Abfallkübel in der Stadt Zürich, man muss es ja nicht fortwerfen. Littering verursacht übrigens nicht nur Kosten, sondern auch Umweltverschmutzung. Davon habe ich nichts gehört von der linken Seite oder der Allianz. Und an Judith Stofer: Die Abfälle machen auch Umweltverschmutzung und Littering im Gewässer. Also, man kann ja mal hingehen und mal schauen, was alles aus dem Zürichsee gefördert wird oder aus der Limmat. Das ist das Tragische. Gebt doch dieser Motion eine Chance.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte Bezug nehmen auf das Votum von Herrn Bärtschiger. Für mich kam das fast ein bisschen despektierlich daher, was Sie gesagt haben. Da möchte ich auch gleich meine Interessenbindung bekanntgeben: Ich bin Landwirt, und wir bewirtschaften ebenfalls Flächen entlang der Kantonsstrassen. Ich kann Ihnen genau sagen, an welchen Kantonsstrassen mehr und an welchen weniger Abfall anfällt. Ich bin mit Ihnen allen einig. Es freut mich auch, dass wir uns einig sind, dass Littering am Ursprung bekämpft werden muss. Das Postulat gibt auch nicht vor, das nicht so zu machen. Vielleicht können wir uns auch noch verbessern. Wir vom Bauernverband unterstützen auch den Clean-up-Day. Ich weiss nicht, ob bekannt ist, dass wir mit Schulklassen genau das fördern, um sie zu sensibilisieren. Doch damit ist das Problem nicht gelöst. Ich bin schon froh, dass einige erkannt haben, dass Littering der Natur schadet. Da haben wir jetzt die Verbindung. Ich sage Ihnen, Littering schadet der Natur. Wir können unsere Maschinen schützen, obschon für die Maschinen die grossen, schweren metallischen Gegenstände ein Problem sind. Aber dafür haben wir Metalldetektoren. Das kriegen wir raus. Was wir aber nicht rauskriegen – davon hat Frau Pflugshaupt gesprochen –, das sind die Aludosen und der gesamte Plastikmüll. Wir können ihn liegenlassen. Wollen Sie das? Wir haben heute schon so viel Plastikrückstände, wir haben heute schon so viele Aludosen. Wenn wir kein Futter machen

müssten, könnten wir auch das Alu liegenlassen. Aber nein, wir schätzen die Natur, wir arbeiten mit der Natur. Wir sammeln das stets zusammen. Ich kann Ihnen sagen, es ist auf einer Strecke von 300 Metern alle vier, fünf Wochen mindestens ein 110-Liter-Sack voll, den wir da zusammensammeln. Das wäre nicht meine Aufgabe oder auch nicht die Aufgabe der anderen Landwirte, die dasselbe machen. Das ist ein gesellschaftliches Problem. Dafür wollen wir eine Lösung. Ich bin davon überzeugt, dass es Landwirte gibt, die das irgendwann nicht mehr von sich aus machen werden, sondern verlangen, dass die Gesellschaft, die den Abfall verursacht, ihn auch wieder wegräumt. Das will die Motion, eine Antwort auf dieses Problem. Wenn Sie diese Motion unterstützen, geben Sie dem Regierungsrat die Möglichkeit, für eine Alternative zu sorgen. Danke, wenn Sie das tun.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Wir haben nicht behauptet, diese Motion sei das Ei des Kolumbus, aber sie ist ein wichtiges Puzzleteil. Selbstverständlich können wir den Fächer auch noch öffnen und weitere Städte einbinden. Aber Sie haben vielleicht nicht zugehört. Es geht nicht darum, die Landwirtschaft hier irgendwie auf den Sockel zu heben, diese Arbeiten können genauso gut private Firmen oder Personen verrichten; es sollen alle eingebunden werden. Es geht um den Naturschutz und es geht darum, dass das Problem an der Wurzel angepackt wird, nämlich dort, wo es entsteht. Wir haben es gehört, ein Clean-up-Day ist nur ein Tag im Jahr. Was aber ist mit den anderen 364 Tagen? Eben nichts. Wir haben es gehört, es ärgert alle hier drin von links bis rechts. Auch die gesamte Bevölkerung ärgert sich. Gehen Sie mal auf die Strasse, sprechen Sie die Leute an. Sie ärgern sich darüber. Nur sind Sie leider nicht bereit, einen Pflock einzuschlagen oder ein Zeichen zu setzen. Ich finde es sehr schade. Bussen zu verteilen, ist heute absolut opportun, Parkbussen in der Stadt Zürich am Laufmeter, Geschwindigkeitsbussen. Wir haben es gehört: Bei diesem Problem mit Bussen zu drohen, da ist der Staat machtlos. Er legt sich lieber auf den Rücken und streckt alle Viere von sich und sagt, sorry, da können wir leider nichts machen. Ja, es ist schön, die Gewässer zu renaturieren. Nur, wenn sie dann voll von Schadstoffen sind, bin mir nicht mehr sicher, ob Sie dann noch glücklich sind mit dem Zustand Ihrer Gewässer. Danke.

Stefan Schmid (SVP, Niederwangen): Es geht bei dieser Motion darum, dass man die Perimeter ausserhalb des Siedlungsgebiets bezüglich Entfernung von Littering-Räumung, von Littering systematisch zuweist

und systematisch angeht. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus unserer Gemeinde Niederglatt nennen: Wir sind Anrainer des Neeracherried; wir haben einen Gewässerraum mit der Glatt; wir haben eine Kantonsstrasse. Dabei ist festzustellen, je weiter man sich vom Siedlungsrand entfernt, desto weniger fühlt sich irgendjemand für den Abfall zuständig. (*Zwischenrufe*) Autofahrer höre ich von der anderen Seite rufen. Ja, das kannst du (*gemeint ist Gabi Petri*) schon sagen, aber das Ziel ist doch, dass dieser Abfall entfernt wird. Ist es Sache des Kantons, wenn es sich um Autofahrer handelt oder ist es Sache der Gemeinde, wenn es 30 Zentimeter neben der Strasse liegt? Ist es Sache der Baudirektion, wenn dann das Ganze ins Neeracherried geweht wird? Ist es ebenfalls Sache der Baudirektion, wenn es ans Glattufer geweht wird? Das ist das Problem. Es bleibt ausserhalb des Siedlungsraums entlang der Hauptverkehrsachsen Abfall liegen. Wir sollten uns Gedanken machen und eine Motion an die Regierung überweisen, wie wir dieses Problem angehen können. Wenn Sie das negieren wollen, dass das inexistent ist, wenn Sie glauben, dass Sie einen Kilometer ausserhalb eines Siedlungsgebietes einen Abfallverursacher siebenmal 24 Stunden in Flagranti erwischen können, dann machen Sie bitten einen besseren Vorschlag. Ich glaube, er wird nicht greifen. Insofern möchte ich Sie wirklich dazu animieren, diese Motion zu unterstützen. Wie gesagt, sie geht anschliessend an die Baudirektion. Die wird sich dann sicherlich Gedanken machen, wie Kanton und Gemeinden dieses Problem lösen können. Besten Dank.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) spricht zum zweiten Mal: Ich glaube, ich habe mit meinem Votum mehrere wunde Punkte getroffen. Ich wurde auch direkt darauf angesprochen. Auch die Liste der Redner zeigt, dass es diverse wunde Punkt gibt.

Im ersten Satz habe ich gesagt, dass Littering ein Ärgernis ist. Es ist eine Umweltverschmutzung und es ist schlecht für das Tierwohl. Da gebe ich Martin Hübscher sowie Elisabeth Pflugshaupt sehr wohl recht. Doch es geht hier nicht um eine Ursachenbekämpfung, sondern um eine nachgelagerte Symptombekämpfung. Wir sollten aber primär die Ursachen bekämpfen.

Rochus Burtscher wirft mir vor, nicht lesen zu können. Ich bin in die gleiche Schule gegangen wie er, teilweise mehrere Jahre in die Parallelklasse (*Heiterkeit*), wir sozusagen im gleichen Stall krank. Ich kann sehr wohl lesen und ich habe sehr genau gelesen. Das ist auch ein bisschen das Ärgernis, das mich beim Lesen überfallen hat. Es kommt mir so vor, als sei das Ganze wieder eine Problem-Bewirtschaftung des

Stadt-Land-Grabens. Zum Zeitpunkt, als diese Motion geschrieben wurde, war das genau ein Thema – bei der SVP, weniger bei den anderen politischen Parteien –, eine Problem-Bewirtschaftung, die nicht nötig ist, weil das Littering-Problem sowohl in den Städten wie auch auf dem Land sehr stark ist, und wir eigentlich gemeinsam eine Lösung suchen sollten.

Tierwohl, das lese ich nirgends in Ihrer Motion. Sie sagen das jetzt. Aber da steht, ich zitiere: «Dabei soll die Lösung darauf abzielen, dass betroffene Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft» – das ist das erste, das dort steht – «oder anderen lokalen Playern zum Beispiel Vereine und so weiter.» Das Zweite, das dort steht, wird im Mündlichen jetzt nochmals hervorgehoben und überhöht. Aber das Erste, das da steht, ist, «mit der Landwirtschaft». Ich bin nicht dagegen, dass die Landwirtschaft – das Tierwohl ist für die Landwirtschaft etwas ganz Wichtiges –, hier einen Part spielt. Aber es kann nicht sein – und das tönt jetzt vielleicht ein wenig wie ein Landwirtschafts-Bashing, aber das ist mir fern, ich habe auch in der Landwirtschaft gearbeitet. Es ist mir fern, ein Landwirtschafts-Bashing zu machen, aber es ist nicht so, dass die Landwirtschaft der einzige Lösungsansatz ist. Wir müssen gemeinsam, ich betone es nochmals, gemeinsam in den Städten und auf dem Land dieses riesige Problem entsprechend angehen. Ja, ich sage auch, es braucht dazu wahrscheinlich Bussen. Sie haben das jetzt nochmals betont. Da bin ich nicht dagegen. In meiner eigenen Stadt werden ab diesem Jahr massivste Bussen ausgesprochen. Wir haben deswegen das Polizeikorps vergrössert. Das ist eine Möglichkeit, die müssen wir leider auch in Betracht ziehen. Wir müssen dieses Problem gemeinsam lösen.

Herr Burtscher, ich kann lesen, ich kann sogar sehr gut lesen. Ich glaube, ich habe die Motion sehr wohl verstanden. Aber Ihr Lösungsansatz ist nicht zielführend. Wir müssen nicht nur eine Symptombekämpfung vornehmen, wir müssen die Ursachen bekämpfen und nicht erst am Schluss irgendeine Bekämpfungsarten einsetzen.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Vorhin haben alle von Ursachenbekämpfung gegen Littering gesprochen. Dazu haben wir ja Vorstösse eingereicht. Eine Busse für Littering, und zwar eine einheitliche höhere Busse wäre sicher die effektivste Massnahme gegen Littering. Das genau wurde vorhin gesagt, selbst von der SP. Aber damals wollten die Linken leider nicht mitmachen, vielleicht auch, weil der Vorstoss (*KR-Nr. 354/2021*) von der SVP kam wie auch die jetzigen Vorstösse. Das finde ich wirklich sehr schade und auch ein wenig scheinheilig, wenn

man jetzt damit kommt: Ja man muss das Ganze an der Ursache bekämpfen. Ich denke, es braucht mehr ein Miteinander bei diesem wichtigen Thema, weil alle sich eingestehen, dass Littering zugenommen hat. Man merkt auch in der Bevölkerung, dass das ein grosses Thema ist. Viele, die in die Schweiz kommen, sagen, ja, was ist denn los? Früher war doch die Schweiz so sauber. Schade ist, alle anerkennen das Problem, wollen aber trotzdem die Motion nicht unterstützen. Es wäre wirklich schön, wenn wir bei diesem wichtigen Thema ein bisschen mehr zusammenarbeiten würden. Danke.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Ich ergreife das Wort, weil mich Thomas Forrer provoziert hat. Er ist vorhin an unsere Fraktion herangetreten und wollte uns das Wort verbieten; er hat uns Filibustern vorgeworfen. Ich erinnere daran, dass jedes gewählte Mitglied hier im Rat das Recht hat, sich zu äussern. Wir befinden uns in einem Parlament. Die Ergänzungen, die angebracht wurden – auch die , die Frau Fehr eben gemacht hat –, sind durchaus ein Beitrag zur Debatte.

Zum Vorstoss möchte ich noch dies sagen: Wir haben jetzt oft gehört, das Problem sei ein gesellschaftliches. Ich sage Ihnen, es ist nicht nur ein gesellschaftliches Problem, es ist auch ein kulturelles Problem, das nicht zuletzt auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. (*Unruhe im Ratssaal*) Glauben Sie mir, es sind nicht die Eidgenossen, die ihre Döner-Box in der Landschaft entsorgen. (*Heiterkeit*) Geben Sie dieser Motion eine Chance und überweisen Sie sie. Dankeschön.

Stefan Schmid (SVP, Niederwangen) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte einerseits richtigstellen, dass wenn Sie die Motion gelesen haben, wissen, dass das nicht zwingend mit der Landwirtschaft erfolgen muss; das können auch ortsansässige Vereine sein.

An die Adresse von Herrn Bärtschiger, Stadtpräsident von Schlieren: Es steht auch nirgends, dass dies ein Vorstoss nur für die Gemeinden und gegen die Städte ist. Letztendlich will die Motion das Littering ausserhalb des Siedlungsgebiets bekämpfen. Das ist die Problematik. Geschätzter Herr Stadtpräsident, wenn jetzt in Schlieren das Gemeindegebiet ausserhalb des Siedlungsgebiets relativ klein ist, dann hast du vermutlich in deiner Gemeinde ein kleineres Problem als eine grossflächige Gemeinde, in der Staatsstrassen durchführen. Also, letztendlich ist keine Stadt von dieser Motion ausgeschlossen. Wir wollen einfach ausserhalb des Siedlungsgebiets diese Ordnung haben.

Noch im Anschluss an das Votum von Herrn Christian Lucek, wenn er sagt, dass das Problem allenfalls auch ein stückweit kulturell bedingt

ist. Da muss ich Ihnen sagen, ja, verschliessen Sie vor diesem Problem die Augen bitte nicht. Ich habe es selber erlebt, wie Personen, welche hierher emigriert sind, beispielsweise Toast in den Grün-Container geworfen haben, samt Plastik. Also, Sie müssen davon ausgehen, dass diese Menschen tatsächlich nicht alle wissen, dass sie mit Littering ein Problem verursachen. Wenn Sie bei dieser Bemerkung einfach nur lachen, dann sind Sie als Linke wiederum an einem Thema oder wiederum an einem Punkt angelangt, wo Sie kritische Stimmen einfach belächeln und ein Problem negieren. Wenn Sie Ihre Verantwortung als Kantonsrätinnen und Kantonsräte wahrnehmen, dann stehen Sie auf, geben Sie zu und sagen Sie Ja, wir haben auch kein kulturelles Problem beim Thema «Littering». Wir müssen auch da Massnahmen ergreifen, Informationen vermitteln et cetera. Es geht einfach nicht, dass wenn ein berechtigter Punkt angesprochen wird, dass das einfach belächelt wird anstatt Hand zu bieten für Lösungen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Nach all diesen Reden: Das ist ein Closomat-Vorstoss. Ja, das ist ein Closomat-Vorstoss und nicht der erste heute. Er bringt nichts und er putzt die Hintern der Leute, die ihn verursachen. Und das kann es nicht sein. Es würde noch eine andere Möglichkeit geben. Und die haben wir auch in unserem Gesetz, Herr Bärtschiger: Das ist die gemeinnützige Arbeit. Ja, das ist die gemeinnützige Arbeit. Ich verweise auf das Votum von Herrn Schaaf und ich sage es halt auch hier auf Schweizerdeutsch: Eme ne Sauhund muesch halt mal dä Wäg zeigä. Genau darum geht es hier.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Herr Amrein, würden Sie bitte Ihre Sprache ein wenig korrigieren. Ich weiss, Sie sind frustriert, aber das gibt Ihnen nicht das Recht, hier alles zu sagen.

Hans-Peter Amrein fährt fort: Nein, nein, das ist Schweizerdeutsch, mein Schnabel ist so gewachsen. Und das sind Sauhunde, die das machen, Frau Ratspräsidentin. Es geht so nicht. Und wir diskutieren hier, seit ich in diesem Rat bin, über das Littering oder über das Abfallproblem oder über die Wegwerfgesellschaft – wie man sie auch nennt. Ich höre jetzt einen Stadtpräsidenten einer grossen Stadt im Kanton Zürich, der wahrscheinlich vor zwölf Jahren noch nicht so gesprochen hat, wie er jetzt spricht. Und ich höre einen Gemeindepräsidenten einer grossflächigen Gemeinde, der auch am Ende seines Lateins ist und jetzt denkt, dass man mit so einem Closomat-Vorstoss wieder etwas lösen

könnte. Nein, das kann man nicht. Ich bin der festen Meinung, es braucht hier Remedur, und Remedur gibt es nur, wenn Strafen ausgesprochen werden und wenn Strafen in Form von gemeinnütziger Arbeit ausgesprochen werden. Dann sieht man nämlich auch, wer das gemacht hat. Und wenn eine Vorrednerin sagt, man könne da nichts tun, das stimmt nicht, natürlich kann man etwas tun. Wir haben in meiner Gemeinde einen wunderschönen Weiher namens Rumensee. An diesem Rumensee sieht es an einem Sonntagabend aus wie irgendwo am Samstagabend hinter einer Migros (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) in einem Container. Das kann es einfach nicht sein. Und es kann nicht sein, dass die Mitarbeiter der Gemeinde dann aufräumen müssen. Es kann nicht sein, dass aus einem Fonds, aus einem Fonds, der mit Steuergeldern gespiessen wird, dass aus diesem Fonds nachher Leute eingestellt werden müssen – ob das nun unsere Bauern sind oder andere –, welche hier etwas tun sollen. Also lehnen Sie diesen Closomat-Vorstoss ab.

Und noch zu Elisabeth Pflugshaupt: Sie sprach zu Traktandum 11 und nicht zu 9. Also, ich bin absolut gleicher Meinung hinsichtlich der Aludosen. Aber das kommt erst noch beim Traktandum 11.

Ordnungsantrag

Markus Schaaf (EVP, Zell) beantragt

die Schliessung der Rednerliste.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 42 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Ordnungsantrag zuzustimmen. Die Schliessung der Rednerliste ist beschlossen.

Judith Stofer (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich kann es ganz kurz machen: Sie haben uns vorher vorgeworfen, dass wir nicht lesen können. Aber in Ihrer Motion ist ganz klar geschrieben, dass die Massnahmen aus dem Natur- und Heimatschutzfonds bezahlt werden sollen. Also, Herr Amrein hat es richtig gesagt: Sie wollen sich bei dieser Kasse bedienen. Das geht einfach nicht, weil, dieser Fonds würde damit zweckentfremdet. So ist das. Aus diesem Grund lehnt die Alternative Liste diese Motion ab.

Regierungsrat Martin Neukom: Zuerst zum Thema Bussen: Natürlich kann man sich erhoffen, mit höheren Bussen etwas gegen die Ursache des Litterings zu tun. Ich finde, das ist durchaus ein interessanter Ansatz. Aber Sie müssen das natürlich eher mit dem Sicherheitsdirektor besprechen als mit mir. Man muss aber klar sagen, dass der Vollzug extrem schwierig ist, weil, Sie müssen dann diese Person genau dann erwischen, wenn sie den Abfall wegwirft. Sonst haben Sie den Zusammenhang nicht. Da müssen wir uns offen eingestehen: Das macht es wahnsinnig schwierig, was natürlich nicht heisst, dass man das nicht so angehen sollte.

Nun zu dieser Motion: Selbstverständlich ist Littering sehr ärgerlich; es ist gefährlich für die Tiere, es ist schlecht für die Natur. Ich glaube, hier haben wir sehr schnell Konsens. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass diese Motion nicht dazu führt, dass man nachher weniger Abfall in der Natur hat, sondern primär dazu führt, dass es eine Kostenverlagerung gibt von den Gemeinden und auch Privaten zum Kanton. Deshalb ist der Regierungsrat diesbezüglich kritisch, obschon er das Littering auch bekämpfen möchte. Trotzdem empfiehlt der Regierungsrat, diese Motion abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 349/2021 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Wiedereingliederung von Reinigungsfachkräften

Postulat Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Markus Bischoff (AL, Zürich), Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur) und Urs Dietschi (Grüne, Lindau) vom 4. Oktober 2021

KR-Nr. 350/2021, RRB-Nr. 1357/24.11.2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 24. November 2021 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Dank den Verhandlungen der Gewerkschaften UNIA, VPOD und Syna mit dem Branchenverband

Allpura gibt es ab 2024 keine Stundenlöhne unter 20 Franken mehr. Dies gilt für alle Bereiche, in denen der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Reinigung greift.

Ich habe in der kantonalen Lohntabelle nachgeschaut: 45'224 Franken ist der tiefste Lohn, den der Kanton Zürich bezahlt. Gerechnet auf ein 100 Prozent Pensum zahlt der Kanton Zürich also mindestens 22 Franken und 60 Rappen auf die Stunde. Ich wiederhole gerne: 20 Franken pro Stunde für Reinigungsfachkräfte bis 2024. Das ist es also, was der Kanton, wenn man die Antwort auf mein Postulat liest, als faire und fortschrittliche Anstellungsbedingungen nennt. Damit meint er offensichtlich einen Lohn, der nur so gut ist, weil die Gewerkschaften sich massiv dafür eingesetzt haben. Und verstehen Sie mich nicht falsch: Fair ist hier durchaus zynisch zu verstehen. Angesicht der inflationsbedingten Teuerung, der massiven Zunahme der Krankenkassenprämien und der immer weiterwachsenden Mietkosten bleibt diesen Menschen kaum etwas zum Leben. Oder könnten Sie mit einem solchen Lohn auskommen?

Der Kanton Zürich spart auf Kosten derjenigen, die eh schon am wenigsten haben. Wir alle wissen: Lohndumping ist in der Reinigungsbranche nach wie vor sehr verbreitet. Mit der Erhöhung der Vollzugskostenbeiträge zur Finanzierung von Kontrollen, dem Verbot von Barauszahlung von Löhnen und der Präzisierung von Anstellungskategorien enthält der GAV wichtige Neuerungen für einen wirkungsvollen Vertragsvollzug. Und all diese Anstrengungen der Gewerkschaften waren unter anderem nötig, weil der Kanton ein bisschen den Markt spielen lassen wollte. Dass er damit prekäre Anstellungsbedingungen von meistens in kleineren Teilzeitpensen arbeitenden Menschen – zum grossen Teil einmal mehr Frauen – fördert, scheint ihm da nicht so wichtig. Das ist schäbig und steht dem Kanton und seinem Anspruch als vorbildlicher Arbeitgeber, gute und faire Anstellungsbedingungen zu bieten, schlecht an. Beim Rechnungsüberschuss, den der Kanton regelmässig ausweist, muss er sich das auch leisten können, die Reinigungsfachkräfte wieder in das kantonale Personal einzugliedern. Ob und wie viel der Kanton allenfalls tatsächlich mit der Ausgliederung des Reinigungspersonals spart, weist der Regierungsrat in seiner Antwort auf jeden Fall nicht aus. Und auf die Sicherheitsargumente, die ich in meinem Postulat angeführt habe, ist der Regierungsrat mit keinem Wort eingegangen. Anscheinend ist ihm das nicht so wichtig. Wir halten an unserem Postulat fest. Tun Sie das doch bitte auch.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Wir von der EVP sind nicht zufrieden mit der Antwort des Regierungsrats. An vorderster Front steht anscheinend das Sparen und dies auf dem Buckel der niedrig Verdienenden. Das darf nicht sein.

Ja richtig, Reinigungsmaschinen müssen höchstwahrscheinlich wieder angeschafft werden, auch Reinigungsmittel und so weiter. Aber diese Kosten tragen wir so oder so, weil sie uns indirekt weiterverrechnet werden, höchstwahrscheinlich noch mit einer kleinen Gewinnmarge, um die Overhead-Kosten der Reinigungsfirmen zu decken.

Wir von der EVP sind überzeugt, dass sich eine gute Planung eines internen Facility-Managements auch finanziell rechnet. Das Wichtigste für uns jedoch ist eine effiziente und zielgerichtete Raumpflege in internen kantonalen Strukturen, und wir fordern faire Löhne und faire Arbeitsbedingungen. Wir von der EVP übernehmen soziale Verantwortung und stimmen der Überweisung zu. Besten Dank.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Jeden Dezember stehen wir im Ratssaal und ärgern uns darüber, dass die Personalkosten steigen und steigen und steigern. In jeder einzelnen Abteilung heisst es: Wir brauchen mehr Personal. Da wird wieder ein Experte gebraucht; da wurde wieder ein Gesetz beschlossen, wo man nicht darum herumkommt, mehr Leute anzustellen. Natürlich ist es in gewissen Bereichen sinnvoll. Natürlich sind die Angestellten des Unispitals letztlich Staatsangestellte. Natürlich sind diejenigen, die am Strickhof (*Kompetenzzentrum für Bildung und Dienstleistungen in Land- und Ernährungswissenschaft*) unterrichten, Staatsangestellte. Aber da, wo man auslagern kann, da muss man auslagern. Und das hat der Kanton absolut richtig gemacht; der Kanton ist kein Reinigungsunternehmen. Das kann die Privatwirtschaft besser. Deshalb ist es eine gute Entscheidung, dass dieses Personal ausgesondert wurde. Das soll auch so bleiben, wenn es nach uns geht.

Wir müssen aufhören mit diesem ewigen Aufblähen des Staats, denn die Folgen wären nur höhere Kosten und ein höherer Verwaltungsaufwand. Letztlich würde dieses Postulat auch Tür und Tor öffnen für noch mehr Staatswachstum, für noch mehr Aufblähung. Was kommt dann als Nächstes? Die staatlich angestellten Bauarbeiter, die die Strassen bauen, oder vielleicht eine staatliche Restaurantkette, in der die Beamten zu Mittag essen können? Nein, das kann die Privatwirtschaft besser. Es ist wichtig, dass alles ausgesondert ist, das ausgelagert werden kann. Nun, Sie sprechen vom GAV. Das finde ich schon noch wichtig. Ich meine, es gibt einen GAV. Und Sie, Frau Dünki, sprechen von Lohn-dumping. Also, ich glaube, wenn ein GAV etwas macht, dann eben

Lohndumping zu unterbinden. Wenn Sie davon ausgehen, dass der Mindestlohn, der im Rahmen eines GAV bezahlt wird, Lohndumping ist, dann müssen Sie nicht hier drin einen Vorstoss machen. Dann müssen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen von der UNIA und von der Syna sprechen. Dann haben die einfach furchtbar schlecht verhandelt, wenn ein GAV-Mindestlohn Lohndumping ist.

Sie sprechen den Mindestlohn von 19 Franken und 20 Rappen an, der per 1. Januar 2023 auf über 20 Franken erhöht wurde. Aber dies ist letztlich nur die halbe Wahrheit, denn je nach Art der Reinigung ist der Lohn auch höher; der kann bis zu 15 Prozent mehr sein je nach Spezialreinigung, die gemacht wird. Und wenn man eine Lehre abgeschlossen, ein Berufsattest oder ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis hat, dann erhält man 4000 Franken pro Monat oder gar 4500 Franken. Das sind dann schon fast 25 Franken Mindestlohn. Da muss ich schon sagen, es muss ja in unserem Interesse sein, dass Angestellte eben auch eine Ausbildung machen. Sie reden immer nur von denen, die eben gar keine Ausbildung gemacht haben. Wir finden es wichtig, dass Ausbildungen gemacht werden. Deshalb ist es auch wichtig, dass in einem Gesamtarbeitsvertrag die Mindestlöhne dahingehend abgestuft sind.

Der 13. Monatslohn, der steht ebenfalls im GAV, der ist obligatorisch, auch werden gute Beiträge für Nachtarbeit oder für Sonntagsarbeit ausgesprochen. Ich gebe zu, das alles ist nicht luxuriös. Niemand hat je behauptet, dass man in dieser Branche reich wird. Aber nochmal: Wenn Sie mit den Mindestlöhnen ein Problem haben, dann müssen Sie sich bei Ihren Kollegen von der UNIA und der Syna beschweren und nicht hier. Denn das Ganze ist auch ein bisschen merkwürdig: Sie können hier schon diesen Antrag stellen, aber das hätte dann nur für einen klitzekleinen Bruchteil des Reinigungspersonals wirklich eine Verbesserung zur Folge. Es ist also einmal mehr ein bisschen Symbolpolitik. Einige Wenige, die dann das Glück haben, hier angestellt zu werden, die würden dann profitieren. Aber dass die restliche Reinigungsbranche in Ihren Augen zu wenig verdient, daran würde sich dann überhaupt nichts ändern.

Dann möchte ich noch kurz auf zwei Ihrer Argumente eingehen: Sie schreiben dann, Leute mit tiefem Lohn sind dann auf subventionierte Wohnungen und Krippenplätze angewiesen. Ja, wer, wenn denn nicht Leute mit tiefem Lohn? Genau für diese ist das ja da. Aber das ist ja genau das Scheinheilige. Wenn es nach Ihnen geht, gibt es ja nur noch subventionierte Wohnungen, nur noch einen staatlich regulierten Wohnungsmarkt und selbstverständlich auch nur Gratiskrippen. Also, dieses Argument, in diesem Zusammenhang anzuführen, ist ein bisschen

scheinheilig. Dann schreiben Sie auch noch, allenfalls komme die Wiedereingliederung sogar günstiger. Ich glaube, das hat der Regierungsrat sehr gut in seiner Antwort wiedergegeben: Das ist natürlich Wunschenken. Die Ausgliederung, die ist auf jeden Fall günstiger. Wie gesagt, die Privatwirtschaft ist da mit Sicherheit sehr viel effizienter.

Ich komme zum Schluss. Der Regierungsrat hat das Thema in einer angenehm kurzen Art und Weise abgehandelt. Ich war ein bisschen länger in meiner Antwort jetzt. Aber auch von unserer Seite heisst es klar Nein zu diesem Postulat. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Bei der Frage, ob Reinigungsdienstleistungen in die Verwaltung integriert gehören oder nicht, geht es auch um die Frage, welche Aufgaben Teil der Verwaltung sein sollen und welche ausgelagert werden können beziehungsweise eben sollen. Bei den Reinigungsdienstleistungen ist beides möglich, eine Integration in die Verwaltung oder eine Auslagerung.

Wann gehören Aufgaben also in die eigene Verwaltung? Meiner Ansicht erstens, wenn es Kernaufgaben sind oder eine hoheitliche Aufgabe der Verwaltung betrifft. Das ist hier sicher nicht der Fall. Zweitens, wenn ein Wissensgewinn gibt oder ein Wissenstransfer sichergestellt werden kann oder muss. Das ist hier sicher auch nicht der Fall. Drittens, wenn die Erfüllung der Aufgabe einer verwaltungsinternen Koordination bedarf, wie zum Beispiel die Erarbeitung einer Strategie oder einer Gesetzesvorlage. Auch dies ist hier nicht der Fall. Oder viertens, wenn die Aufgaben verwaltungsintern einfacher und günstiger erbracht werden können. Auch dies ist hier gemäss Antwort des Regierungsrates nicht der Fall. Im Gegenteil müsste bei der Personalanstellung mit Folgekosten gerechnet werden – wie er aufzählt – für die Personalführung, die Konstituierung, den Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Beschaffung von Reinigungsmitteln und Reinigungsgeräten. Die höheren Kosten bei einer Anstellung sind also plausibel.

Daraus kann geschlossen werden: Reinigungsdienstleistungen sind zwar definitiv unentbehrlich – ich glaube, da sind wir uns alle einig –, aber sie sind keine Kernaufgabe einer Verwaltung. Und die Praxis zeigt: Das Auslagern von Reinigungsdienstleistungen ist sowohl in der Privatwirtschaft als auch bei der öffentlichen Hand weit verbreitet. Die aktuelle Praxis ist also auch eine bewährte Praxis. Bei der Ausschreibung gibt es neben dem Preis auch ökologische Pflicht- und Zuschlagskriterien, die ebenfalls berücksichtigt werden können und auch sollten. Beispielsweise kann dank dem verbreiteten Einsatz von Mikrofasertüchern

weitgehend auf Reinigungsmittel verzichtet werden. Und für die Alltagsreinigung genügen ökologisch unbedenkliche Mittel wie Essigreiniger oder so. Natürlich gibt es auch Spezialreinigungen. Diese müssen dann angeschaut werden.

Und wie steht es aber um den arbeitsrechtlichen Schutz des Reinigungspersonals? Das ist ja der Kernpunkt, der hier vorgetragen wird. Der Regierungsrat schreibt in seiner Begründung, dass im Vergabeverfahren nur Unternehmen berücksichtigt werden, die dem Verband Schweizer Reinigungsunternehmen Allpura angehören und die einschlägigen Vorschriften und Richtlinien anerkennen, konsequent einhalten und umsetzen. Der Verband setzt sich beispielsweise für faire und fortschrittliche Anstellungsbedingungen ein. Wenn diese nicht genügen, dann muss man dort ansetzen. Der Preis ist also bei Weitem nicht das einzige Kriterium für Ausschreibungen, wie von den Postulanten attestiert wird. Und viel wichtiger als die bewertbaren Kriterien sind sowieso jeweils die Pflichtkriterien in einer Ausschreibung. Und dass eine Auslagerung der Dienstleistungen automatisch zu einer hohen Fluktuation führt – wie im Vorstoss festgehalten wird –, kann ich aus persönlicher Erfahrung nicht bestätigen. In meiner Anstellung bei der Stadt Zürich, wo die Reinigungsdienstleistungen auch ausgelagert sind, kommen seit langer Zeit immer die gleichen Personen am Abend zum Reinigen. Man kennt sich, wechselt auch ein paar Worte, ist auch nett zueinander. Das ist ganz normal.

Aus Sicht der GLP gehören Reinigungsarbeiten nicht zu den Kernaufgaben einer Verwaltung und sollen deshalb – wie gemäss aktueller Praxis – ausgelagert und submittiert werden. Das Postulat werden wir deshalb nicht überweisen. Besten Dank.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Für Reinigungskräfte wehte und weht in der Privatwirtschaft der harte Wind des Ausbeutertums: geringe Löhne, generell schlechtere Arbeitsbedingungen, Zeitdruck und auch immer wieder gesetzwidrige Arbeit auf Abruf. Wer kann, verlässt das Reinigungsbusiness; die Fluktuationsrate in diesem Bereich ist hoch.

An der Situation ändert auch ein Gesamtarbeitsvertrag in dieser Branche wenig bis nichts. Die garantierten Stundenlöhne in diesen Tieflohnjobs reichen kaum für ein Einkommen, das ein unterstützungsfreies Leben sichert, vor allem auch, weil die Reinigungskräfte in den Reinigungsfirmen vielfach als Teilzeitangestellte tätig sind. In diesen Fällen oder in vielen Fällen subventioniert der Staat, der Kanton Zürich die Arbeitgeber, indem er diese kein anständiges Gehalt verdienenden

Leute mit Sozialleistungen unterstützen muss, damit sie überhaupt leben können. Dass der Kanton die günstigste Offerte berücksichtigen muss, fördert diese Art der Arbeitskraftausbeutung und fördert – wie erwähnt – den Lohn, den Zeit- und Arbeitsdruck, der die Reinigungsqualität in sehr engen Grenzen hält.

Was bezahlt wird, hörten wir bereits von der Postulantin Michèle Dünki. Obwohl die Gewerkschaften einen besseren Stundenlohn erstritten, ist er noch immer mickrig. Beim Reinigungspersonal, das meistens – ich sagte es bereits – im Teilzeitpensum und an Randzeiten arbeitet, reicht das schlicht nicht zum Leben. Wie erwähnt, müssen viele solcher Lohnempfangende vom Staat gestützt werden, was ja nicht das Ziel einer Arbeitstätigkeit sein soll. Schon vom moralischen Standpunkt her wäre es richtig, die Reinigungskräfte wieder beim Kanton anzustellen. Rechnerisch ginge das sicher auch auf. Anständig bezahltes Personal würde nicht bei der erstbesten Gelegenheit den Job wechseln, der Kanton hätte verlässliches Personal, das dank der Motivation einer sicheren Stelle bestimmt eine höhere Qualität bezüglich der Reinigung erbringen würde. Deshalb können wir dem Bericht des Regierungsrats nicht folgen. Wir Grünen stimmen dem Postulat zu und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Der Kanton Zürich ist kein Reinigungsunternehmen, auch ist die Reinigung keine Staatsaufgabe. Insbesondere bei Submissionen im Reinigungswesen ist es zentral, Missbräuche zulasten des Personals zu verhindern. Daher werden von Gesetzes wegen Unternehmen aus dem Verfahren ausgeschlossen, wenn sie die Grundsätze über die Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen nicht einhalten. Dies hat der Regierungsrat in der Antwort zur Anfrage KR-Nr. 198/2019 geschrieben. Mit dieser Antwort wurde auch das Wichtigste gesagt.

Noch zwei Bemerkungen zur Begründung des Postulats: In der Begründung zu diesem Postulat werden die enormen Zusatzkosten für die Ausschreibung, Leistungslevel, Leistungsbeschreibung und die Überprüfung der Reinigungsarbeiten erwähnt. Ich hoffe ja schwer, dass in allen Abteilungen der kantonalen Verwaltung dies passiert. Oder gibt sich da jeder selbst die Aufgabe, die er dann nicht kontrolliert? Ich denke nicht. Dann ist schon verwunderlich, wenn die Linke in diesem Postulat schreibt, dass auch die Mehrwertsteuer eingespart werden kann. Ist Steuervermeidung neu in eurem Parteiprogramm?

Die FDP folgt der Argumentation des Regierungsrats und wird das Postulat nicht überweisen. Tun Sie es uns gleich.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Adolph Freiherr von Knigge (*deutscher Schriftsteller und Aufklärer*), den Sie sicher alle kennen, der hat das wunderbare Buch «Über den Umgang mit Menschen» geschrieben. Das ist übrigens kein Benimmbuch, wie das heute kolportiert wird, sondern es ist ein aufklärerisches Buch über den Umgang mit Menschen. Die Kernaussage von Knigge ist, dass man den wahren Charakter des Menschen daran erkennt, wie er mit Untergebenen umgeht. Das sieht man auch an diesem Postulat. Es ist offensichtlich, dass das Reinigungspersonal lohnmässig auf der untersten Stufe der Lohnskala steht, die der Kanton anbieten würde. Wenn das Reinigungspersonal da wäre, wäre es immer noch auf der untersten Stufe. Es ist auch bezeichnend – es wurde mehrfach gesagt –, dass die Reinigung keine Kernaufgabe sei. Das ist eine Verachtung dieses Reinigungspersonals, das übrigens zu fast 80 oder 90 Prozent aus Frauen besteht. Alle anderen Arbeiten sind Kernaufgaben: Die Lehrer und Lehrerinnen übernehmen eine Kernaufgabe, doch wer das WC putzt, der übernimmt keine Kernaufgabe des Staates. Das ist etwas, das man nebenbei machen und auslagern kann. Das ist das Menschenbild, das Sie von jenen haben, die einer minderwertigen Arbeit nachgehen – oder das, was Sie als minderwertige Arbeit bezeichnen. Dabei ist es ebenfalls eine vollwertige Arbeit, aber minderwertig bezahlt. Aber damit wollen wir nichts zu tun haben, das gehört nicht zum Staat. Das Entscheidende ist, dies wurde in einer Sparvorlage ausgelagert. Es geht doch um nichts Anderes als um Geld. Es ist für den Kanton billiger, wenn man das auslagert, als wenn man das selber macht, weil die Leute, das hat man gesehen, als es ausgelagert wurde, die verdienen beim Kanton besser, sie haben bessere Sozialleistungen, sie haben eine bessere Pensionskasse. Das ist richtig und gut. Das wollen Sie sich sparen.

Natürlich, Sie können nun sagen, es gibt ja einen GAV. Aber, ich meine, 20 Franken, das ist ein tiefer GAV-Lohn. Sie können jetzt sagen, die Gewerkschaften sind schwach; sie hätten mehr herausholen müssen. Aber organisieren Sie einmal das Reinigungspersonal. Wie können Sie diese Leute dazu zwingen, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden und Mitgliederbeiträge zu bezahlen. In Tieflohnsegmenten haben Sie eine hohe Fluktuation, und es ist extrem schwierig, die Leute zu organisieren. Meistens haben die Leute zwei, drei verschiedene Arbeitsplätze; sie ziehen von Büro zu Büro und reinigen. Es ist extrem schwierig. Deshalb hat man einen derart schlechten GAV; 20 Franken Mindestlohn ist ein ganz schlechter GAV, der aber erkämpft werden musste; das ist schon eine soziale Errungenschaft. Doch man sieht, dass die Leute da

gedrückt werden. Jetzt wehren Sie sich, dass man diese Leute in den Staat integriert und ihnen einen anständigen Lohn bezahlt. Knigge hat schon vor 200 Jahren vorausgesehen: Sie erfüllen diese Bedingungen nicht. Das sollten Sie sich zu Herzen nehmen.

Brigitte Röösl (SP, Illnau-Effretikon): Ich wollte mich dazu nicht äussern, aber als Stadträtin im Ressort «Gesellschaft» und als Präsidentin der Sozialbehörde muss ich etwas dazu sagen.

Es ist empörend, Herr Bamert, wie viele Menschen, die heute in der Reinigung arbeiten, nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen können, und wir von der Sozialhilfe diese Leute finanzieren müssen. Es kann nicht sein, dass in der heutigen Zeit Leute, die 100 Prozent arbeiten, alles geben und schliesslich die Hand hinhalten und sich als minderwertigen Teil der Gesellschaft fühlen müssen. Aus meiner und unserer Sicht muss deshalb der Kanton ein Vorbild sein und hier Verantwortung übernehmen.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank für die Debatte, die mich leider nicht wirklich überrascht. Ich kann aus zeitlichen Gründen nicht auf alle Aussagen eingehen. Es dünkt mich aber wichtig klarzustellen, dass wir nicht einfach per se alle subventionieren wollen. Das ist eine falsche und überspitzte Aussage. Es geht einfach darum, dass 100-Prozent-Jobs so viel einbringen müssen, dass keine Unterstützungsleistungen seitens des Staates notwendig sind und eben auch 100-Prozent-Pensen für die Berufe angeboten werden mit Arbeitsbedingungen, die es erlauben, 100 Prozent zu arbeiten. Klar, unser Vorstoss hilft nur den Menschen, die dann wieder direkt beim Kanton angestellt werden. Genau deshalb haben wir die Mindestlohnkampagne in einigen Städten im Kanton Zürich gestartet. Wir wollen, dass alle genug verdienen, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken. Deshalb unterstützen wir das Postulat.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Dieser Vorstoss trifft mich persönlich sehr, weil ich es als Friedensrichter oft mit Streitigkeiten zwischen Reinigungspersonal und ihren Unternehmungen zu tun habe. Die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich sind miserabel. Das Problem ist, dass der Kanton eine gewisse Vorbildfunktion haben und die Branche ein wenig unterstützen könnte, indem er einen anständigen und würdigen Lohn zahlt. Das würde mich freuen. Wenn hier gesagt wird, es sei keine Kernaufgabe des Kantons, die Kollegin von der Stadt sagte, da kommen

immer dieselben Leute: Ich habe da als Betriebsbeamter ganz andere Erfahrungen gemacht. Da gab es Leute, die sich wegen des Datenschutzes sehr geärgert haben, weil von den privaten Unternehmen stets die billigsten und immer neue Reinigungskräfte reinigen kamen. Sie haben sich geärgert, weil der Datenschutz nicht mehr sichergestellt werden konnte und weil man einfach an die Akten hätte rankommen können. Aus meiner Sicht ist es auf jeden Fall eine Geringschätzung dieses Personals. Es würde uns gut anstehen, dort ein paar Franken auszugeben anstatt Steuervergünstigungen bei Leuten zu ermöglichen, die sowieso schon sehr gut situiert sind und keine finanziellen Probleme haben. Tatsache ist, dass in diesem Bereich mitunter der Lohn nicht zum Leben reicht. Das grösste Problem ist, diese Leute werden teilweise – vermutlich nicht beim Kanton – nicht einmal für den Weg zwischen den einzelnen Arbeitsorten bezahlt. Das ist dann für diese Reinigungskräfte sehr ungünstig. Vermutlich ist es gar nicht einfach, mit diesen Reinigungsmitteln neun Stunden am Tag zu arbeiten. Diese Geringschätzung dieser Arbeit gegenüber finde ich sehr schade. Es würde euch gut anstehen, vor allem der Mitte – sie heisst ja jetzt nicht mehr CVP –, wenn sie sich für eine lohnenswerte Arbeit aussprechen würde, für die Geringsten in dieser Fresspyramide, für die Leute mit den schlechtesten Bedingungen. Wenn dann der Kollege Bamert sagt, die Gewerkschaften hätten schlecht verhandelt: Das Problem macht der Markt. Sie müssen ja eine Möglichkeit haben, da Druck auszuüben. Es ist eben auch klar, dass die Reinigungsbranche eine Branche ist, bei der die Eintrittshürde sehr tief ist. Das ist oft die erste Möglichkeit, um arbeiten zu können. Darum wird der Lohn dort nicht durch den Markt ansteigen, sondern da muss man fixieren, damit die Leute einen anständigen Lohn erhalten. Da hätten Sie heute die Gelegenheit, aber die möchten Sie nicht wahrnehmen, merke ich – leider.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich habe drei Putzfrauen, nicht die ganze Woche, nein, aber drei, nicht Frau, Tochter und Enkel. Ich habe drei Putzfrauen. Ich möchte das auch überhaupt nicht ins Lächerliche gezogen hören. Ich bin absolut der Meinung von Herrn Marthaler, dass 20 Franken Stundenlohn kein anständiger Lohn ist. Ich bezahle meinen Putzfrauen 35 Franken in der Stunde. Das ist für mich ein anständiger Lohn. Nun möchte ich, bevor Sie hier abstimmen, gerne eine Konsultativabstimmung machen, und möchte mal wissen, was Sie Ihren Putzfrauen bezahlen, Herr Bischoff, Herr Marthaler, Herr Bamert et cetera; offen, ehrlich und direkt. Das möchte ich hier drin gerne hören, was Sie Ihren

Putzfrauen bezahlen. Ich wäre nicht überrascht, wenn irgendwo jeden Montag oder Dienstag ein Nötchen liegt und keine AHV-Beiträge oder Sozialabgaben bezahlt werden. Ich unterstelle das niemandem bei einem Lohn von 20 oder 18 Franken in der Stunde. Ich wäre nicht überrascht. Ich glaube, wir müssen alle zuerst mal selber in den Spiegel schauen. Das zu den Moralisten hier drin.

Und nun zum Herrn Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) und zur Regierung: Ich muss meinen Putzfrauen keine 20 Franken bezahlen, ich kann meinen Putzfrauen 35 Franken bezahlen, wenn ich das will. Und auch der Kanton kann das. Der Kanton kann sagen, wir bezahlen den Putzfrauen so oder so viel Franken. Dafür braucht es nicht einmal einen Beschluss hier drin. Sie können aber auch einen Beschluss machen und sagen, der Kanton bezahlt den Putzfrauen so viel. Aber es sind deswegen keine Staatsangestellten. Ich bin für den privaten Markt und für anständige Löhne. Das ist der grosse Unterschied, Herr Bischoff, zwischen den Gewerkschaftern und jemandem, der in der Privatwirtschaft arbeitet. Also, weiterhin Privatwirtschaft, aber mit anständigen Löhnen. Das kann der Kanton Zürich tun, indem er nämlich bei seinen Ausschreibungen sagt, wie viel bezahlt werden muss. Das möchte ich von der Regierung, nicht mehr und nicht weniger. Aber nicht so einen Gewerkschaftsvorstoss, wie Herr Bamert das richtig gesagt hat.

Ueli Bamert (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch auf einige Aussagen reagieren, die gefallen sind, die ich nicht unkommentiert lassen kann, ohne mich jetzt dem Verdacht auszusetzen, dass ich filibustern möchte. Aber, wenn wir schon dabei sind, die Hosen runterzulassen, ich bezahle meiner Putzfrau 31 Franken und 50 Rappen, weil ich weiss, dass sie in der Stadt Zürich wohnt und weil ich weiss, dass sie da mit 20 Franken nicht weit kommen würde.

Zu Brigitte Rööfli, ich meine, ich bin mit Ihnen einig, dass 20 Franken sehr wenig sind und je nach dem, wo man wohnt, wirklich schwierig ist, damit über die Runden zu kommen. Aber dieses Postulat zielt am Problem vorbei. Damit ändert sich nichts an diesem Problem. Wenn man ganz wenige aus dieser Gruppe nimmt und sie beim Staat anstellt, dann verdienen die ein bisschen mehr. Es ist einmal mehr Moralismus. Ich sage es nochmals, Thomas Marthaler, es ist an den Gewerkschaften, hier für einen besseren Lohn zu sorgen. Wenn sich dies in den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern nicht ergibt, dann gibt der Markt eben nicht mehr Lohn her.

Das führt mich zu der Aussage von Markus Bischoff. Du hast gesagt, ja, man kann hier nicht besser verhandeln, weil es sehr wenig Gewerkschaftsmitglieder gibt. Das ist sehr billig. Da spreche ich aus eigener Erfahrung: Ich bin ja Präsident der paritätischen Kommission für die Tankstellenshops. Ich verhandle die Löhne für die Angestellten in den Tankstellenshops. Ich kann Ihnen sagen, die Gewerkschaften haben nur ein paar Prozente der Mitglieder aus den Tankstellenshops. Es hindert sie nicht daran, sehr aggressiv und teilweise auch sehr erfolgreich neue Löhne zu verhandeln. Eben, es ist immer ein Geben und ein Nehmen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Dann ist oft der Begriff «Kernaufgabe» des Staates gefallen. Du, Markus Bischoff, hast es dann so interpretiert, dass wenn wir sagen, es sei keine Kernaufgabe, dann sei dies eine Geringschätzung. Entschuldigung, Golflehrer oder Kleiderverkäuferinnen oder Musikproduzenten sind auch keine Kernaufgabe des Staates. Es gibt keine solche Berufsgruppen, die ein staatliches Salär erhalten. Wir haben einfach eine andere Definition: Der Staat muss das machen, was die Privatwirtschaft nicht kann und nicht soll. Mir ist schon klar, Ihr wollt am liebsten alles beim Staat. Wenn es nach euch ginge, wären alle Staatsangestellte. Wir sind einfach der Meinung, dass das, was der Staat nicht unbedingt machen muss, soll die Privatwirtschaft machen. Das heisst überhaupt nicht, dass wir diese Berufe geringschätzen. Besten Dank.

Markus Bischoff (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Herr Bamert, damit der Staat funktioniert, braucht es keinen Golflehrer. Aber damit dieser Ratssaal geputzt wird, dazu braucht es Reinigungspersonal. Und das ist der grosse Unterschied, wenn es darum geht, was eine Kernaufgabe ist und was eben keine ist.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass ich persönlich diese Reinigungskräfte damals nicht ausgelagert hätte. Der Entscheid ist 2005 gefallen. Natürlich, es war ein finanzpolitischer Entscheid; man glaubte, damit 830'000 Franken pro Jahr einzusparen. Herr Bamert sagt jetzt, dass es viel effizienter geworden ist. Vielleicht ist es tatsächlich effizienter geworden. Das kann ich nicht beurteilen. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass der Lohn sicher deutlich tiefer war. Da ist die Frage, ob dies gerechtfertigt ist, ausgerechnet bei den tieferen Löhnen dafür zu sorgen, dass sie noch etwas tiefer sind. Der Regierungsrat hat die Frage des Lohnes und des Aufwandes natürlich abgewogen. Eine Reintegration würde ein erheblicher Aufwand

mit sich bringen; sie wäre selbstverständlich mit mehr Kosten verbunden. In dieser Abwägung hat der Regierungsrat entschieden, dass es dabei bleibt, dass wir die Reinigungskräfte nicht wieder integrieren möchte. Deshalb lehnt der Regierungsrat dieses Postulat ab. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 350/2021 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Anti-Littering – Weniger Aludosen auf Wiesen durch Rückerstattung

Postulat Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), und Maria Rita Marty (SVP, Volketswil) vom 4. Oktober 2021

KR-Nr. 351/20211, RRB-Nr. 1488/8.12.2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat seine schriftliche Ablehnung am 8. Dezember 2021 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Es wurde unter Traktandum 9 bereits rege über Littering diskutiert, viele Voten sind gefallen. Ich möchte aber vor allem über die Aludosen auf Wiesen sprechen, die man mit einer Rückerstattung reduzieren könnte.

Ist Ihnen schon aufgefallen, dass es immer mehr Getränke in Aludosen gibt? Sogar Capri-Sun, die als Wiedererkennungsmerkmal in diesen komischen Beuteln daherkamen, sind neuestens auch in Dosen erhältlich. Was zudem auffällt, es sind immer süsse oder alkoholische Getränke, kein Mineralwasser – auch interessant – und keine Bioprodukte. Aber warum landen so viele Büchsen auf dem Boden? Was mich besonders stört: entlang von Feldern und Wiesen. Haben Sie schon einmal probiert, eine Büchse ganz zu leeren? Unmöglich. Immer hat es noch einen doofen Rest drin. Was tun? In die Handtasche oder in den Rucksack nehmen geht nicht. Dort läuft es aus. Dasselbe im Auto. Einfach auf

den Boden legen gibt eine klebrige Sauerei. Die Quintessenz ist: raus- oder eben achtlos wegwerfen.

Die Industrie lobt die vermeintlichen Vorteile der leichten und luftdichten Verpackung. Bei Recherchen zu den Aludosen finden sich sehr widersprüchliche Aussagen zur Wiederverwertung. So wird in Studien für Deutschland gesagt, dass es für jede Aludose mindestens 50 Prozent neues Material braucht. Dass die Herstellung von Alu sehr energieaufwendig ist, ist altbekannt. Zum Punkte Nachhaltigkeit steht die Dose auf Rang 3 hinter PET und Mehrweg-Glasflaschen.

Dieses Postulat habe ich zusammen mit meinen Kolleginnen eingereicht, weil jede einzelne Kuh, welche elendiglich an einer Aludose stirbt, eine zu viel ist. Zirka einmal im Jahr kommt ein Artikel in den Medien, in dem ein Landwirt zu Wort kommt, der einmal mehr eine Kuh wegen einer Bauchfellentzündung verloren hat. Die Bevölkerung liest das und denkt: Oje, und weiter geht es im Alltag. Aber ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, wie traurig es ist und wie wütend es macht, wenn man eine Kuh von einem Tag auf den anderen mit gekrümmtem Rücken stehen sieht, sie nichts mehr frisst, offensichtlich starke Schmerzen hat und der Tierarzt eine Fremdkörperdiagnose stellt. Was tun? Man kann versuchen, die Entzündung mit Antibiotika und Entzündungshemmer in den Griff zu kriegen. Manchmal gelingt es, und die Kuh überlebt es, zwar abgemagert und mit langen Erholungszeiten. Oder man muss sie erlösen und das Fleisch entsorgen. Diese Fälle müssen verhindert werden. Es braucht keine Mitleidbekundungen, sondern endlich griffige Massnahmen. Entlang von Hauptstrassen, Autobahnen liegen im Sommer Aludosen en masse. Bevor gemäht wird, sammeln wir diese – so gut es geht – ein. Aber der Wind trägt auch diese weiter, und im hohen Gras sind sie nicht alle sichtbar. So viele Aludosen, wie ich schon zusammengelesen habe, lassen mich an der Recyclingquote von 94 Prozent sehr stark zweifeln.

Der Regierungsrat möchte in seiner Antwort kein Pilotprojekt durchführen. Ist es schlicht und einfach Faulheit oder Angst vor den Ergebnissen? Lieber alles beim Alten belassen und hoffen, dass sich das Problem in Luft auflöst? Das wird es nicht. In der Schweiz wurde noch kein solches Pilotprojekt gestartet. Ich dachte, der grüne Kanton Zürich mit einem jungen Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) sei innovativ und möchte Probleme lösen. Mit der heutigen Digitalisierung wird die Rückerstattung von Pfand gut zu händeln sein. Ich bin mir auch sicher, dass sich Ladenketten finden lassen, die nur schon aus Imagegründen mitmachen bei der Rücknahme. Dass bei den möglichen Studienauswertungen andere Zahlen herauskommen, als im Moment kursieren,

wurde mir bewusst, als man nach der Einreichung dieses Postulats auf mich zugekommen ist und versuchte, mich dazu zu bewegen, dieses zurückzuziehen. Gefühlt werden jede Woche von Linksrün Motionen und Postulate zur angenommen Kreislaufinitiative eingereicht. Ich finde, dieses Postulat passt hier auch hinein. Ich bitte Sie deshalb, mutig zu sein und ein neuer Ansatz auszuprobieren und die Baudirektion zu beauftragen, ein Pilotprojekt zu starten und unkonventionell zu handeln. Ganz herzlichen Dank für ihre Unterstützung.

Christian Schucan (FDP, Uetikon am See): Dieses Postulat zielt darauf ab, ein Pfand für Aludosen einzuführen. Damit würde unserem Anliegen Rechnung getragen, bei der Ursache von Littering-Massnahmen anzusetzen, heisst, wer Aludosen achtlos entsorgt, zahlt über das Pfand. Nun ist aber die Einführung eines Pfands richtigerweise auf Bundesebene angesiedelt. Es kann ja nicht sein, dass ich je nach Einkaufsort ein Pfand bezahle oder nicht. Die Postulanten haben korrekt angemerkt, dass der Bundesrat die Verwertungsquote von Getränkeverpackungen, Aluminium, PET und Glas bei 75 Prozent festgelegt hat. Bei tieferen Rücklaufquoten kann der Bund ein Pfand einführen. Parlamentarische Vorstösse auf Bundesebene, die eine Einführung eines Pfands verlangt haben, wurden in den letzten Jahren jedoch abgelehnt.

Es gibt mit dem heutigen System der vorgezogenen Entsorgungsgebühren für Aludosen eine gut akzeptierte Lösung mit einer hohen Recyclingquote von 94 Prozent und hoher Wirkung in Bezug auf das Littering. Von einem Zürcher Pilotprojekt sind daher keine zusätzlichen Erkenntnisse zu erwarten, wohl aber hohe Aufwände. Dieses Kosten-nutzenverhältnis rechtfertigt keinen Pilotversuch.

Um dem Problem der gefährlichen Alusplitter im Nahrungsgut des Viehs Herr zu werden, würden wir es interessanter finden, wenn die Landwirtschaft mit Geräten zur automatischen Erkennung von Alurestoffen im Erntegut ausgerüstet werden könnte, finanziert zum Beispiel über die vorgezogene Entsorgungsgebühr aus Aludosen. Dies ist aber nicht Inhalt des vorliegenden Vorstosses.

Zusammenfassend halten wir fest, dass das Postulat ein Problem adressiert, mit dem Lösungsansatz aber auf der falschen Staatsebene und mit dem falschen Mittel operiert. Deshalb wird die FDP die Überweisung an den Regierungsrat ablehnen.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Ich könnte eigentlich die Worte meines Vorredners wiederholen; mache ich aber nicht. Trotz SVP-

Postulat, schauen wir zuerst kurz ins Ausland: In vielen Ländern Europas ist ein Pfand auf Getränkedosen und Einweg-Getränkeflaschen aus Glas und Kunststoff und auf anderen Getränkeverpackungen Standard. Als Beispiel: Beim nördlichen Nachbar gilt schon seit 2003 eine Pfandpflicht, die zum 1. Januar 2022 erweitert wurde. Die Verbraucher zahlen für viele Getränkeflaschen zum Beispiel 25 Cent Pfand zusätzlich, die sie bei der Rückgabe einer Flasche am Pfandautomaten erstattet bekommen. Sinn des Ganzen ist es natürlich, dass Dosen, Einweg- und Mehrwegflaschen zurückgebracht werden, damit sie entweder wiederverwertet oder recycelt werden können. Das trägt dazu bei, dass die gigantischen Mengen Abfall nicht unnötigerweise noch weiter ansteigen. Laut der Deutschen Umwelthilfe ist das Pfandsystem ein Erfolgsmodell, das sich gegen die Vermüllung der Landwirtschaft und der Landschaft bewährt hat. Von den PET-Flaschen – auch hier ein Beispiel –, werden in Deutschland stolze 98 Prozent zurückgegeben.

Nun, sie haben es in der Antwort des Regierungsrates gelesen: Die Einführung eines Pfandes obliegt grundsätzlich dem Bund und nicht den Kantonen, betroffen ist der Artikel 30b des Umweltschutzgesetzes. Es wurden entsprechend auch einige Anläufe zur Änderung dieses Artikels unternommen. Die Pfand-Lösung hatte aber in Bundesbern, im Parlament stets einen sehr schweren Stand: Die Bürgerlichen knickten und knicken unter dem Druck aus dem Detailhandel immer wieder ein.

Es ist aber auch klar, dass das schweizerische System der Freiwilligkeit mit recht tiefen Kosten eine gute Rücklauf-Quote hat. Mit einem Pflichtpfand ist die Rückgabe von Verpackungen nur noch an den Verkaufsstellen – also im Detailhandel während den üblichen Öffnungszeiten – möglich. Denn auch nur da könnte das Pfand ausbezahlt werden. Die beliebten Sammelstellen, wie wir sie an den Bahnhöfen, in Büros und so weiter schätzen, würden wohl verschwinden. Laut Swiss Recycling (*Branchenverband*) würde die Anzahl Rückgabemöglichkeiten von heute 100'000 auf rund 7000 sinken.

Das Beispiel Deutschland zeigt aber, immerhin bei den PET-Flaschen, dass die Rücklauf-Quoten gegenüber dem System «Schweiz» nochmals erhöht werden könnte. Pfandlösung oder nicht, wir müssen aber hier diesen Entscheid nicht fällen, weil wir im Kantonsrat sind und nicht im Nationalrat. Wir können also nicht nur ein Pfand nicht einführen, sondern auch ein Zürcher Pilotprojekt bringt keine zusätzlichen Erkenntnisse, wohl aber grosse Aufwände. Liebe SVP, auch wenn es weh tut, hier ist ein Blick ins Ausland durchwegs zielführend. Wir müssen nicht zuerst ein Pilotprojekt durchführen; wir haben riesige Projekte bereits im Ausland, die zeigen, welche Wirkung solche Pfandsysteme haben.

Warum ein solches Pilotprojekt von der IG «Saubere Umwelt», IGSU, oder der lokalen Landwirtschaft und nicht vom Detailhandel getragen werden soll, ist zudem nicht erklärbar, beziehungsweise die SVP hat dazu bis heute keine Erklärung liefern können. Vielleicht kann das die Postulantin noch nachreichen. Wir erlauben uns entsprechend, das Postulat nicht zu überweisen.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Wir haben hierzu ein bisschen eine differenziertere Meinung. Im Gegensatz nämlich zur Motion «Anti Littering» von vorhin werden wir dieses Anliegen unterstützen.

Bis anhin hat der Bund es kategorisch abgelehnt, ein Pfandsystem für Aludosen einzuführen, weil die Recyclingquote bei 94 Prozent tatsächlich sehr hoch ist. Auch wenn die weggeworfenen Aludosen in den Wiesen und Feldern, gemessen am sonstigen Abfall, mit 3 Prozent eher bescheiden ausfallen, ist der Schaden dennoch beträchtlich. Aluteilchen, die bei der Ernte im Futter verbleiben, können für die Tiere tödlich sein. Das haben wir nun gehört.

Das Softgetränk in der Aludose kostet vielleicht 2,50 Franken. Aber die Operation und die damit verbundenen Kosten der Pflege für eine Kuh belaufen sich schnell mal auf 2000 Franken, sofern man sie überhaupt operieren kann. Der Landwirt bleibt auf diesen Kosten sitzen.

Selber bezweifle ich zwar, dass sich mit dem Pfand auf Aludosen das Verhalten der Bevölkerung gross ändern wird – ich habe das schon im vorangegangenen Traktandum gesagt –, aber der verlangte Bericht zeigt allenfalls auf, welche Kosten für ein Pilotprojekt für den Kanton Zürich zu erwarten wären. Und Frau Bossert, Sie haben ein regelrecht grünes Votum gehalten. Möchten Sie die Partei wechseln? (*Heiterkeit*) Danke.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Littering kostet schweizweit über 200 Millionen Franken pro Jahr, ohne Schäden an Natur und Tieren mit einberechnet. Der Handlungsbedarf ist erwiesenermassen sehr gross. Schliesslich ist Littering egoistisch und geht zulasten der Allgemeinheit – ich glaube, da sind wir uns alle einig. Leider werden dadurch auch Schäden an unserem Ökosystem und leider, leider manchmal auch an Tieren verursacht; jedes Tier, das an den Folgen von Littering stirbt, ist ein tragischer Fall für sich.

Braucht es nun aber einen Pilot für die Einführung einer Pfandgebühr auf Aluminiumdosen, so wie die SVP dies vorschlägt? Bei Getränkeverpackungen wie Glas, PET oder Aluminium gilt der Zielwert einer

Recyclingquote von 75 Prozent. Wird dieser nicht mit freiwilligen Massnahmen und Branchenlösungen erreicht, kann der Bund ein Pfandsystem einführen. Bei diesen Getränkeverpackungen, das heisst eben auch bei Aludosen, ist die heutige Praxis der vorgezogenen Entsorgungsgeld eine gut akzeptierte Lösung. Sie ist auch effektiv, denn – wir haben es schon gehört –, denn die Rücklaufquote beträgt gemäss Swiss Recycling heute 94 Prozent.

Obwohl wir bei Glas, Alu und PET-Getränkeverpackungen bereits auf hohem Sammel- und Recyclingniveau sind, besteht insbesondere beim Gemischtkunststoff noch Aufholbedarf. Und genau hier liegt auch ein Kern des Problems: Nicht oder nicht nur Aludosen liegen zu Hauf auf den grünen Wiesen herum, sondern irgendwelche anderen Abfälle, meist sind es Plastikteile. Trotzdem ist natürlich klar, dass jede Art von Littering mehr als ein Ärgernis darstellt.

Ein Zürcher Pilotprojekt bringt aber keine zusätzlichen Erkenntnisse, wohl aber grosse Aufwände. Zum Beispiel müsste der Detailhandel Rückgabeautomaten beschaffen. Wir können die Aludosen auch nur dort zurückgeben, und der Kanton müsste die Bevölkerung informieren. Der Koordinationsaufwand wäre insgesamt doch sehr hoch, das Kosten-Nutzen-Verhältnis hingegen nicht vorteilhaft. Es gilt aber klipp und klar: Littering ist ein egoistisches Verhalten, zulasten der Allgemeinheit. Und der Handlungsbedarf darf nicht totgeschwiegen werden, genauso wenig die Schäden an Natur und Tieren.

Ein Problem beim Littering ist analog wie beim Food Waste, bei der Lebensmittelverschwendung, dass es grundsätzlich ein Problem der anderen ist: «Das machen die anderen!», «Das machen nur die anderen!». Doch wer sind diese «Anderen». Gemäss Umweltpsychologe Rolf Hausmann zeigen Studien, dass junge Leute mehr littern als alte und Männer mehr als Frauen. Es gibt sechs Hauptgründe, weshalb man dieses Unding tut – gemäss Hausmann: Erstens Bequemlichkeit, Verantwortungslosigkeit, zweitens Achtlosigkeit, drittens Gruppendruck, viertens Alkoholeinfluss, fünftens, es hat dort bereits Müll, der rumliegt und sechstens, der Abfall wird ja sowieso weggeräumt. Alles natürlich doofe Scheinargumente, wenn man das Problem anpacken will. Da sind wir uns einig. Aber was kann man dagegen tun? Es braucht einen Mix an Massnahmen. Sensibilisierung zu Hause und an Schulen ist sicher ein wichtiger Teil davon, genauso wie Bussen und ein bunter Strauss von weiteren Massnahmen. Diese setzen aber in der Regel eben auf Gemeindeebene an. Ein Pilotprojekt, wie im Postulat gefordert, sehen wir aber nicht als zielführend und lehnen es deshalb ab.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Wir haben es gehört: Littering nimmt leider zu, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Gerade Aluminiumdosen in den Wiesen können für Kühe verheerend sein. Die Abfälle werden bei der Ernte zerhäckselt und können bei Tieren beim Fressen dann unter anderem starke Bauchfellentzündungen verursachen. Ausserdem stören weggeworfene Dosen – und generell Abfall – das Landschaftsbild und können in Gewässer gelangen. Ein Pilotprojekt könnte darüber Auskunft geben, ob die Einführung eines Pfandes, also Depots, im Kanton auf Aludosen sinnvoll sein könnte. Früher haben sich Depots zum Beispiel bei PET auch bewährt. Man hätte einen Anreiz, die Dosen wirklich auch zurückzubringen. Ein Zürcher Pilotprojekt hätte auch Auswirkungen auf den Bund und könnte Zeichen setzen. Auch die Detailhändler sind nämlich in die Pflicht zu nehmen. Littering hat ganz klar zugenommen, und gemäss Umfragen hätte das Pfand in der Bevölkerung gute Chancen.

Abfall wird oft unachtsam weggeworfen – wie wir gehört haben. Zusammen mit der Verhängung von Bussen, die abschreckend wirken, auch mit Aufklärung an den Schulen, Plakaten oder auch Kampagnen sowie Littering-Days wäre die Prüfung eines Pfandes eine sinnvolle Lösung gegen Littering. Danke für ihre Unterstützung.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Gerne würde ich noch kurz replizieren. Herr Schucan von der FDP hat gesagt, dass man mit Maschinen versuchen sollte, das Alu herauszulesen. Alu ist nicht magnetisch. Den Kühen kann man Boli eingeben, spezielle Magnete, die ziehen die Nägel an. Das ist kein Problem. Aber bei zerhäckseltem Alu, wie man das technisch lösen will, sei dahingestellt. Ich finde es schön, wenn die SP sagt, dass das Pfandsystem in Deutschland ein Erfolg ist. Das sehe ich gleich. Herr Bärtschiger hat mich gefragt, warum mit den Akteuren IG «Saubere Umwelt» oder der lokalen Landwirtschaft? Mit diesem Argument wollte ich einfach dazu beitragen, dass ich nicht nur fordere, sondern auch sage, dass wir von der Landwirtschaft mithelfen würden, hier Unterstützung bieten würden, eventuell auf die Volg-Läden oder auf die Landis (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) zugehen würden, um dort Rückgabepfandmaschinen zu installieren et cetera. Ich hätte mir einfach erhofft, dass wenn man eindruckliche Zahlen aus diesem Pilotprojekt aus Zürich hätte, dass man vielleicht damit unsere Vertreter in Bern hätte wecken können, so dass sie sich das überlegen würden, ein Pfandsystem schweizweit einzuführen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 351/2021 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Auslagerung der engeren Zentralverwaltung

Postulat Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach) und Lorenz Habicher (SVP, Zürich) vom 25. Oktober 2021

KR-Nr. 369/2021, RRB-Nr. 64/12.1.2022 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 12. Januar 2022 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Müssen die Arbeitsplätze der engeren Zentralverwaltung an teuerster Lage in der Stadt Zürich und dazu in denkmalgeschützten Gebäuden sein? Die SVP ist klar der Meinung: nein. Zumindest muss geprüft werden, ob die Nutzungskosten ausserhalb der Stadt Zürich nicht viel kostengünstiger ausfallen würden.

Die aktuell geplante Sanierung der engeren Zentralverwaltung für rund 300 Millionen Franken ist ein Luxusprojekt und eine Verschleuderung von Steuergeldern. Nur noch wenige Unternehmen leisten sich diesen Luxus von Büros inmitten der Stadt Zürich. Wieso treibt es viele Unternehmen in die Agglomerationen? Wieso wird der Innovationspark in Dübendorf geplant und nicht in der Stadt Zürich?

Die Regierung lieferte in der Beantwortung der Anfrage KR-Nr. 370/2018 gleich selbst die Argumente, wieso die Gebäude der engeren Zentralverwaltung nicht als Bürogebäude geeignet sind: «Eher ungünstiges Verhältnis von Geschossflächen zu Nutzflächen sowie zahlreiche denkmalpflegerische Vorschriften», ist zu lesen. Dies bestätigt auch das neue Umbauprojekt der Baudirektion für die engere Zentralverwaltung. Die Bürofläche pro Arbeitsplatz kann lediglich auf 14,5 Quadratmeter pro Arbeitsplatz gesenkt werden – was absolut unbefriedigend ist mit den heutigen Möglichkeiten von digitalen Arbeitsplätzen. Fazit: Zu teuer und die Gebäude werden viel zu ineffizient genutzt.

Weitere Vorteile einer Dezentralisierung der Arbeitsplätze der engeren Zentralverwaltung: Arbeitsplätze in den Gemeinden beleben die Agglomerationen, und die aus ökologischer Sicht unnötige Pendlerei wird reduziert. Es ist unverständlich, weshalb sich der grüne Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) weiter an einen Regierungsratsbeschluss aus dem Jahr 2015 klammert und eine Dezentralisierung von Arbeitsplätzen weiterhin ablehnt. Die heutige Arbeitswelt, die technischen Möglichkeiten, die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und die Situation in der Stadt Zürich sind in keiner Weise mit den Gegebenheiten aus dem Jahre 2015 zu vergleichen. Es ist angezeigt, die Strategie von der geplanten Sanierung der engeren Zentralverwaltung zu überprüfen. Bitte stimmen Sie unserem Postulat zu. Danke.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Die FDP wird dieses Postulat ebenfalls überweisen, obwohl wir hierzu in der Fraktion intern kontroverse Argumente gehört haben. Wir sind uns bewusst, dass der Bericht, der wird aufwendig sein. Aber der Bericht wird eine gute Auslegeordnung sein für all die Diskussionen, die wir schon x-fach hier drin geführt haben, die wir wahrscheinlich auch weiterhin führen werden und auch für weitere Forderungen, die gestellt werden.

Wir haben es in der Stellungnahme des Regierungsrats gehört: Alles konzentriert sich auf die Innenstadt und auf den Hauptbahnhof in Fussdistanz. Wir müssen aber weiterdenken. Das Zentrum beinhaltet mehr als nur einen Hauptbahnhof in Fussdistanz; das Zentrum ist grösser. Auch Homeoffice und die Digitalisierung müssen berücksichtigt werden. Es müssen ja nicht die Verwaltungseinheiten und Teams auseinandergerissen werden, wie jetzt in der Antwort des Regierungsrats befürchtet wird, sondern es geht um neue Standorte, denn auch die bisherigen Standorte müssen saniert werden. Das wissen wir. Die können teils aufgrund der denkmalpflegerischen Anforderungen gar nicht an die moderne Büro- und Arbeitswelt angepasst werden. Es gibt also genügend Argumente, die wir in einem Bericht ausdrücklich und ausführlich beleuchtet haben möchten. Bei der Auslegeordnung soll auch ein Fokus auf die finanziellen Auswirkungen gelegt werden. Nicht die Überlegung, ob ein Neubau günstiger ist als eine Sanierung, sondern auch, ob neue Standorte nicht allenfalls auch Auswirkungen haben können auf die Mieten zum Beispiel in der Innenstadt, denn der Druck auf die Mieten könnte ja sinken, wenn es auch andere attraktive Wohnorte gäbe als nur in der Stadt Zürich. Das wäre sicher auch interessant. Es sollen neue Wege gedacht werden, neue Verkehrsströme, neue Pendelströme. Mit neuen dezentralen, attraktiven Arbeitsorten könnte das

eine Chance sein. Der Bericht, wie gesagt, ist eine gute Basis für eine weitere Diskussion. Wir überweisen daher das Postulat. Besten Dank.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Ich würde durchaus für Behördengänge nach Winterthur, Uster, Bülach oder an andere schöne Orte im Kanton Zürich fahren. Es muss nicht immer die Stadt Zürich sein, aber zu weit soll der Weg dann doch auch nicht sein. Abgesehen davon, dass es für mich als Kundin gar nicht mehr viele Gründe gibt, ein Amt persönlich aufzusuchen. Wenn ich beim Kanton arbeiten würde, dann wäre mir ein Standort in Regensdorf durchaus sympathisch. Ich weiss, dass Städte, die kleiner sind als Zürich, sehr gerne eine Verwaltungsabteilung aufnehmen würden. Das hätte viele Vorteile wirtschaftlicher und struktureller Natur und würde die Attraktivität durchaus erhöhen. Es wurde mir sogar ans Herz gelegt, Winterthur namentlich zu erwähnen. (*Heiterkeit*)

Ein paar Überlegungen dazu: Auf der grünen Wiese kann man ein Projekt sicher optimal realisieren in Bezug auf Platz, Technik und andere Anforderungen; in bestehenden Gebäuden hat man einen Rahmen, der einschränkt. Wenn ich aber dieses neue Rathaus anschau, so muss ich sagen, dass auch in einem bestehenden Gebäude eine perfekte Lösung möglich ist. Wenn es neuen Platzbedarf gibt, dann soll der Kanton auf jeden Fall prüfen, ob externe Standorte in Frage kommen. Das Wachstum wurde aber durchaus auch gebremst, denn bekanntlich haben wir immer mehr Teilzeitpräsenz im Büro wegen Homeoffice. Soll nun also aktiv ausgelagert werden oder soll der Kanton nur bei neuem Bedarf reagieren und prüfen?

Eine Überlegung der Postulanten, nämlich der Pendlerdruck auf die Stadt Zürich: Würde der wirklich abnehmen? Ich denke, kaum, denn bei einem Wegzug der Verwaltung würden die Pendler nicht nur einfach nach Dübendorf statt nach Zürich pendeln, sondern es gäbe neue Pendler, die in diesen Liegenschaften arbeiten würden oder neue Kunden. Über das Ganze gesehen, ist das eher ein Nullsummenspiel.

Der Sanierungsbedarf: Daran würde sich fast nichts ändern, denn so oder so ist ein guter Zustand dieser Gebäude erforderlich. Was wird mit den schönen, zum Teil geschützten Gebäuden der Zürcher Baukultur passieren, wenn die Verwaltung sie verlassen würde? Sie tragen heute zum attraktiven Stadtbild bei, und es ist durchaus ein würdiges Gefühl, sie zu betreten. Man muss sich überlegen, wie man sie dann weiterhin nutzen würde. Kommt ein Fastfood-Tempel in Frage oder eher ein internationaler IT-Konzern oder eine Bank? Historische Häuser sollen auf keinen Fall mit Werbung an der Fassade verunstaltet werden. Jedenfalls

ist es keine zentrale Aufgabe des Kantons, seine Liegenschaften ertragsoptimiert zu vermieten, statt sie selbst zu nutzen. Ob sich ein Mehrwert ergäbe, das ist noch umstritten. Wie sieht es mit den Mitarbeitenden aus? Kurzfristig wird ein Wechsel des Standorts keine Begeisterung auslösen. Mittelfristig kann vielleicht ein grösserer Pool von Fachleuten erschlossen werden, aber den Fachkräftemangel wird dies nicht lösen. Eine Verwaltungseinheit mit Kundenpräsenz muss gut erreichbar sein. Das Strassenverkehrsamt hat seit Langem zwei Standorte, das Unispital seit einiger Zeit auch. Heisst das, es braucht bei einer Dezentralisierung der Verwaltung jeweils mehrere Standorte? Das hätte dann wieder eine Dezentralisierung innerhalb einer Einheit zur Folge – das müsste man prüfen.

Ein Teil der GLP-Fraktion möchte eine ergebnisoffene Beurteilung der Situation, damit man vielleicht auch Lösungen findet, die durch die bisherigen Rahmenbedingungen nicht möglich sind. Ein anderer Teil unserer Fraktion findet, dass die Dezentralisierung einige Nachteile aufweist und zu wenig Mehrwert bietet, sodass man nur für neue Bedürfnisse nach Adliswil oder Rüti gehen soll. Wir haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Beatrix Stüssi (SP, Niederhasli): Ich nehme mal an, die Postulantinnen und Postulanten hatten grundsätzlich sicher eine gute Absicht, wollen sie doch ermöglichen, dass die Arbeitnehmer nicht in die Stadt zur Arbeit gehen müssen, stattdessen soll die Arbeit zu den Arbeitnehmern gebracht werden. Leider haben sie dabei völlig ausser Acht gelassen, dass weder die Arbeitnehmer einer bestimmten Branche noch deren Kundschaft irgendwo konzentriert vereint leben, weshalb das Pendeln so oder so bleiben, aber komplizierter wird. Zudem blenden die Initianten völlig aus, dass die Wege für Vertreter und Vertreterinnen von kantonalen und ausserkantonalen Behörden und Verwaltungen möglichst kurz und eben zentral und gut erschlossen sein müssen.

Zürich und die dortigen kantonalen Immobilien in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes liegen zentral und erfüllen somit all diese Ansprüche. Die kantonseigenen Liegenschaften lassen sich bei der geplanten Sanierung in Sachen Flächeneffizienz sehr gut optimieren. Diese Flächen können dabei zu mehr und attraktiven, modernen und zeitgemässen Arbeitsplätzen erneuert werden. Neue Arbeitsmodelle wie Homeoffice, mobiles Arbeiten und zunehmendes Arbeiten in Teilzeit können berücksichtigt werden, was dem Kanton ermöglicht, ein guter Arbeitgeber zu sein und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Natürlich hat die Sanierung ihren Preis. Weil aber durch die optimalere Nutzung gemietete Standorte aufgehoben werden können, und dadurch keine neuen Mietstandorte dazukommen, können künftig Mietkosten eingespart werden. Auch die Rekrutierung von Personal und die Besetzung von Stellen kann so mit grosser Wahrscheinlichkeit realistisch vereinfacht werden. Das Beibehalten des Standortes macht also ökologisch und wirtschaftlich Sinn. Deshalb lehnt die SP dieses Postulat ab.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Ich würde diesen Vorstoss als rührig titulieren. Warum als rührig? Weil, man will im Guten etwas erreichen, nur ist er meines Erachtens nicht sehr durchdacht. Deshalb ist er abzulehnen.

Mir bleibt in meinen Ohren das Wort von Regierungsrat Neukom, als er ziemlich neu Regierungsrat war und uns hier in diesem Rat den Zustand der Gebäude der kantonalen Verwaltung erläutert hat. Unter anderem derjenige des Walchenturms, wo uns die Ziegel auf den Kopf fallen, wo man wirklich Feuerwehr spielen muss oder er Feuerwehr spielen muss, damit die Gebäude nicht wirklich auseinanderfallen.

Ich denke, es braucht etwas anderes, Domenik Ledergerber, Herr Parteipräsident (*der SVP Kanton Zürich*) und Mitunterzeichner. Es braucht eine Gesamtschau. Ich weiss nicht, ob die gemacht wurde, ob die vorliegt, Herr Regierungsrat, und zwar mit verschiedenen Graden der einzelnen Gebäude. Und wenn ich Grade sage, dann meine ich Energieeffizienz, wie dies die linke Ratsseite jetzt immer wieder geflissentlich hier erwähnt. Es geht um die Energieeffizienz. Meine Vorredner, ausser die SP-Rednerin, haben nichts Grosses dazu gesagt, vor allem nicht die Rednerin der GLP. Da ging es eher um die Standorte und um das schöne Bülach und Winterthur und Adliswil und so weiter. Es geht ja nicht darum. Es geht darum, jetzt mal zu schauen, was wir haben. Brauchen wir alle diese Gebäude? Brauchen wir in der engeren Zentralverwaltung so viele Arbeitsplätze? Wollen wir die Arbeitsplätze fest zugewiesen haben oder wollen wir ein Karussell, wie wir es bei den Grossbanken haben, wo am Morgen die Leute reinlaufen, schnell, schnell und sich einen Sitzplatz oder eine Sitzgruppe reservieren, sonst kann man in der Arbeitsgruppe oder in der Abteilung nicht mehr zusammensitzen? Nein, ich glaube, das ist nicht dienlich für eine Zentralverwaltung, auch für den Bürger nicht, der ja wissen sollte, wo seine Ansprechpartner sind, wenn man sie dann mal sehen darf, kann und will.

Ich möchte von Herrn Regierungsrat jetzt zu diesem Vorstoss hören, wie er die Lage einschätzt. Er weiss es am besten. Was die Regierung

tut, um diese Gebäude der engeren Zentralverwaltung wieder zumindest etwas in den Schuss zu kriegen. Wie viel es kostet, hat der Postulant uns erklärt: etwa 300 Millionen. Scheinbar gibt es da Pläne. Dann vor allem, was er dazu meint, dass es eine 10-Millionen-Schweiz und ein Zweieinhalb-Million-Kanton Zürich im Jahre 2030 geben wird – das wollen Sie alle hier drin oder die meisten von Ihnen –, was das an Verwaltung und was das an zentraler Verwaltung braucht und wie diese Gebäude aussehen sollen. Deshalb überweisen Sie dieses Postulat nicht. Wenn schon, dann verlangen Sie eine grössere Schau und nicht eine gröbere Schau, sondern eine grössere Schau, die Ihnen dann auch darlegt, was hier gemacht werden soll. Ich glaube, das macht Sinn. Wir haben das in der Kommission, in der ich sitzen darf, in der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) auch schon angeschaut. Aber ich bin wirklich der Meinung, und da haben die Postulanten sicher recht, man muss jetzt für die nächsten 15 Jahre einen Plan machen, das vor dem Hintergrund der Energieeffizienz, aber auch der steigenden Bevölkerungszahlen und somit der grösseren Mitarbeiterstäben im Asylwesen und so weiter. Da braucht es sicher viel, viel mehr Leute. Die sind ja alle auch irgendwo unterzubringen. Ich danke.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Das Postulat weist einige seltsame Forderungen und unlogische Begründungen auf. Der Kanton soll Land suchen in der Agglomeration oder noch weiter draussen. Dieses soll dann günstiger sein als das Land, das er schon besitzt und bewirtschaftet? Diese Ökonomie geht nie auf, zumal in der Agglo Land weder günstig noch verfügbar ist.

Die gewinnbringende Vermietung der engeren Zentralverwaltung ist wohl auch eher ein Wunschdenken. Die denkmalgeschützten Gebäude müssen so oder so zuerst renoviert werden, also, für die bauliche Sanierung ist ohnehin der Kanton zuständig. Da kann nichts gespart werden. Die Verwaltung ist auf gute Erreichbarkeit angewiesen. Wo im Kanton gibt es noch geeignete Flächen? Sie müssten ja eine ähnlich hohe Erreichbarkeit haben. Die Zentralverwaltung im Kreisel Betzholz ist wohl eher als Witz gedacht, eine Verwaltung, die nur mit dem Auto erreicht werden kann.

Es wird mit Pendlerwegen argumentiert. Der verkehrstechnische Zugang zur Stadt sei erschwert und je länger je schwieriger. Ist es wirklich sinnvoll, wenn eine dichte Nutzung – und in der engeren Zentralverwaltung haben wir eine solche – nahe dem HB (*Hauptbahnhof*) an den Rand des Kantons verlagert wird? Und wenn die Gebäude der engeren Zentralverwaltung nachher vermietet würden, so ändert sich an den

Pendlerwegen nach Zürich rein gar nichts. Anstatt kantonale Angestellte pendeln dann private. Bitte lehnen Sie dieses Postulat ab.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wir haben es gehört: Im Jahr 2015 hat der Regierungsrat seine Immobilienstrategie festgelegt, damals unter massivem Druck seitens dieses Rates. Der erwähnte RRB (*Regierungsratsbeschluss*) legt fest, dass die Zentralverwaltung am Standort Stadt Zürich verbleiben soll. Und jetzt ist auch klar: An der ganzen Misere ist unser grüner Baudirektor schuld. Aber: Halt! Im Jahr 2015 war gar nicht Martin Neukomm Baudirektor, sondern Markus Kägi von der SVP. Und so frage ich mich dann schon, wo war die SVP in den vergangenen Jahren, als es darum ging, Verlagerungen weg von der Stadt Zürich zu machen? Es gab so viele verpasste Chancen. Die EVP wollte zum Beispiel, dass das USZ (*Universitätsspital Zürich*) neu in Stettbach gebaut werden sollte. Leider wurde diese Chance verpasst. Wir bauen jetzt inmitten der Stadt am teuersten Platz einen Milliardenbau, der einmal unbezahlbar sein wird. Leider war die SVP damals nicht mit dabei, als es um die Verlagerung ging. Die EVP war dafür, dass auch der Kantonsrat dezentral, ausserhalb der Stadt Zürich, tagen könnte. Wie hat die SVP aufgeschrien! Und gemeint, der Kantonsrat müsse zwingend in der Stadt Zürich tagen und zwingend im altherwürdigen Rathaus sein, ganz egal, wie denkmalgeschützt dieses Gebäude auch sei. Auch hier eine verpasste Chance, bei der die SVP leider nicht mit dabei war. Oder als es darum ging, den Stellenbeschrieb des Ombudsmanns ins Gesetz zu schreiben, wurde festhalten, sein Arbeitsort muss zwingend in der Stadt Zürich sein. Was für das USZ undenkbar ist, was für uns als Rat undenkbar ist, was für den Ombudsmann undenkbar ist, soll nun für die Zentralverwaltung plötzlich kein Problem sein. Sorry, liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP, hier seid ihr uns in den vergangenen Jahren einfach zu inkonsequent gewesen und deshalb heute nicht glaubwürdig. Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab.

Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach): An Herrn Schaaf kann ich schnell entgegenen: Man kann ja auch klüger werden. Und an Herrn Schweizer möchte ich jetzt replizieren, nach dem Motto, was interessiert mich mein Geschwätz von gestern oder meine Vorstösse von anno 2011. Verwundert reibe ich mir die Augen ob der Antwort des grünen Regierungsrates. Ich hätte gehofft, dass er diesem ur-grünen Anliegen – denn im 2011 hat die grüne Fraktion praktisch einen identischen Vorstoss eingereicht. Ich hätte da eine vertiefte Betrachtung erwartet, zumindest

eine Chance, um so substantiell dann auch den Umweltschutz ein bisschen verbessern zu können. Aber einmal mehr versteckt er sich hinter Allgemeinplätzen, betet gebetsmühlenartig die Antworten der letzten Vorstösse zum selben Thema herunter und macht nicht einmal den Eindruck, dass er an einer Lösung für die Umwelt interessiert ist. Dass er natürlich nicht an einer Stärkung der Agglomeration und des Gewerbes interessiert ist, erstaunt hingegen weniger. Weil alles, was mit Wirtschaft zu tun hat, ist ja pfui. Dass es aber eigentlich die Wirtschaft ist, die seinen grünen Träumen die nötigen finanziellen Mittel verschafft, ignoriert er grossräumig. Einmal mehr sind die Grünen nur vordergründig vorwärtsgerichtet. In Tat und Wahrheit sind sie rückwärtsgerichtet und halten an alten Zöpfen fest. Schade um die verpasste Chance.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ich möchte nur schnell Herrn Schaaf entgegnen und meine Vorrednerin korrigieren. Wir waren schon klug in der SVP. *(Heiterkeit)* Also, was sich hier Herr Schaaf herausnimmt und sagt, die Zentralverwaltung sei mit der gleichen Wichtigkeit in der Innenstadt wie zum Beispiel der Kantonsrat oder das PJZ *(Polizei- und Justizzentrum Zürich)* oder der Ombudsmann, es tut mir leid, das können Sie doch nicht miteinander vergleichen. Der Kantonsrat gehört ins Zentrum. Wir kommen aus dem ganzen Kanton und treffen uns hier in der Mitte. Ebenso muss man zum Ombudsmann, der muss für alle erreichbar sein. Das PJZ, das ist mir egal. *(Heiterkeit)* Aber diese beiden Institutionen und die Zentralverwaltung, die ist mir eben auch egal. Im Gegenteil, als Gemeindepräsident möchte ich, dass die, die etwas von der Gemeinde wollen, gefälligst zu mir kommen und nicht umgekehrt. So muss es sein.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) spricht zum zweiten Mal: Geschätzter Hans-Peter Amrein, ich muss dich enttäuschen: Martin Neukom kann dir keine Antwort geben; er hat diese Gesamtschau nicht gemacht. Und diese fordern wir genau mit diesem Postulat, denn im Zuge der Sanierung der engeren Zentralverwaltung hat er nur einen Umbau und einen Neubau an diesem Standort geprüft, aber nicht geprüft, was eine Dezentralisierung für Auswirkungen hätte. Es bestätigt sich wieder einmal mehr: Die grünen Politiker von heute sind nicht aus demselben Holz geschnitzt wie ihre Vorgänger. Das wahre grüne Gen ist bei Ihnen gänzlich verlorengegangen. *(Heiterkeit)* Ich muss Ihnen gestehen, mein Vorstoss grenzt an ein Plagiat, denn meine Forderungen und meine Überlegungen haben sich bereits 2011 drei grüne Kantonsräte gemacht

und das Postulat KR-Nr. 56/2011 eingereicht. Ich zitiere aus deren Argumentation: «Über 40 Prozent des motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs werden durch Pendlerinnen und Pendler zwischen Wohn- und Arbeitsort erzeugt. Dieser Verkehr frisst nicht nur enorme volkswirtschaftliche und private Ressourcen, er trägt auch in grossem Masse zur Umweltverschmutzung und zum Ressourcenverschleiss bei.» Und: «Nicht nur im ökologischen und ökonomischen, sondern auch im sozialen und kulturellen Bereich bringt eine Dezentralisierung der Arbeitsplätze Vorteile.» Damals wurde das Postulat überwiesen. Es ist auch heute angezeigt, unser Postulat zu überweisen. Dankeschön.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Romain Rogenmoser hat uns gesagt, die Grünen hätten die folgende Haltung: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?» Wenn man Adenauer (*Konrad Adenauer, ehemaliger deutscher Bundeskanzler*) vollständig zitiert, sagt er im zweiten Teil: «Es kann mich aber niemand hindern, jeden Tag klüger zu werden.» Und dieses Recht, das nehmen wir Grünen uns heraus. (*Heiterkeit*)

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Domenik Ledergerber, Gesamtschau heisst nicht Auslagerung. Ja, dann verlangt doch diese Gesamtschau. Warum habt ihr sie nicht verlangt? Und eine Gesamtschau beinhaltet auch eine Auslagerung; sie beinhaltet eine Sanierung; sie beinhaltet eine Neugliederung; sie beinhaltet Abbruch, wenn nötig, und Auslagerungen. Warum habt ihr das in diesem Postulat nicht verlangt? Was Ihr hier verlangt, ist eine Auslagerung, und die ist utopisch. Da bin ich mit dem Grossteil dieses Rates einverstanden.

Regierungsrat Martin Neukom: Regierungsrat Martin Neukom: Die Verwaltung des Kantons Zürich, die Angestellten des Kantons Zürich, die sind zu einem sehr grossen Teil dezentralisiert. Schauen Sie sich an, wo die Polizeiposten der Kapo sind, wo der Standort der ZHAW (*Züricher Hochschulen der Angewandten Wissenschaften*) ist, wo derjenige des Strickhofs, wo die einzelnen Schulen sind. Das ist nicht alles zentral in der Stadt Zürich, in der Innenstadt. Also, wenn Sie schauen, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons überall arbeiten und dies auf einer Karte des Kantons Zürich aufzeigen würden, dann würden Sie sehen, dass diese sehr weit im ganzen Kanton verstreut sind. Das ist auch richtig so.

Anders ist es bei der Kernverwaltung. Das ist vermutlich das, was Sie meinen, Herr Ledergerber. In der Kernverwaltung befindet sich ein sehr kleiner Anteil aller Angestellten des Kantons Zürich. Wir sprechen hier – sagen wir mal – von rund 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an den drei Standorten direkt in der engeren Zentralverwaltung arbeiten. Also, das ist ein sehr, sehr kleiner Anteil. Es ist aber von zentraler Wichtigkeit, dass diese Leute am gleichen Standort arbeiten. Wenn Sie diese jetzt im gesamten Kanton verstreuen würden, dann verursachen Sie damit wieder Reisezeiten, sollten die sich treffen müssen. Natürlich kann man einen Teil über Video erledigen, aber gewisse Sitzungen sind einfach besser, wenn man sich direkt am Tisch trifft und Dinge diskutieren kann. Die Verwaltung, die häufig sehr viele Schnittstellen aufweist, da bin ich froh, wenn die Leute kurze Wege haben, damit Sie gut miteinander zusammenarbeiten können. Ich kann Ihnen ein Beispiel geben: Alleine das Immobilienamt und das Hochbauamt haben sehr viel zusammen zu tun. Die Gebäude liegen aber 200 Meter auseinander. Nur schon da wäre es besser, wenn die im gleichen Gebäude wären. Ich kann Ihnen versichern, die Zusammenarbeit würde sich nochmals verbessern, einfach aufgrund der kurzen Wege, wenn Sie nur ein paar Schritte gehen müssen, um mit jemandem im Büro kurz etwas besprechen zu können. Das ist einfach etwas anderes, als wenn Sie anrufen müssen.

Der zweite Punkt – und das habe ich schon mal hier in diesem Rat gesagt: Wir haben alle ein Interesse, dass wir in der Verwaltung gute Leute haben. Dass wir gute Leute haben und gute Leute finden, das liegt auch daran, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sind und bleiben müssen. Da ist vielleicht der Lohn ein relevantes Kriterium, aber natürlich auch der Standort, dass dieser gut erreichbar ist. Das nennt man Arbeitgeberattraktivität. Hier können wir sehr, sehr froh sein, dass wir diese EZV (*engere Zentralverwaltung*) haben, weil, wenn wir diese kaufen müssten, wäre dies wahrscheinlich enorm teuer. Also, wir können uns glücklich schätzen, dass wir ein so gutes Grundstück so nahe im Zentrum beim Hauptbahnhof haben. Ein solches Grundstück sollte man aus immobilienökonomischer Sicht niemals weggeben.

Was ich nicht verstanden habe, ist das Argument, dass Pendeln könne reduziert werden. Ich verstehe das einfach logisch nicht ganz. Weil, erstens würden da neue Büros reinkommen, das heisst, andere Leute würden pendeln, die dann dort arbeiten würden. Und zweitens, wenn Sie alles in Winterthur zentralisieren würden, dann müssten die Leute ein-

fach nach Winterthur pendeln, weil nicht alle, die beim Kanton arbeiten, in Winterthur wohnen. In dem Sinne verstehe ich Ihre Vorwürfe zur Ökologie inhaltlich nicht.

Zur Sanierung: Wir arbeiten seit einigen Jahren nun intensiv an einem Sanierungsprojekt. Es wird ein sehr grosses Projekt; sie können sich das vorstellen. Es ist ein Büroprojekt für mindestens 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden sogar möglich machen, dass wir etwas mehr Platz schaffen, das heisst, dass wir andere Standorte sogar noch integrieren können, auch werden es moderne Arbeitsplätze sein. Herr Ledergeber, Sie haben gesagt, es werde nicht möglich sein, da moderne Konzepte zu erstellen. Ich weiss nicht, ob Sie vom Gleichen gesprochen haben. Das wird möglich sein; in den allermeisten Gebäuden wird das möglich sein, dass wir moderne Arbeitsflächen machen können und auch den Flächenstandard erreichen, den Sie sich gerne wünschen. Das ist sicherlich möglich.

Zu den Kosten: Natürlich kostet das etwas. Aber glauben Sie ja nicht, wenn man jetzt irgendwo ausserhalb einen Standort finden würde und da einen Neubau realisieren würde, dass das dann billiger käme. Das würde auch relativ viel kosten, wenn Sie einen Standort finden würden, wenn Sie sich dort einmieten müssten. Das kann ich Ihnen versprechen, auch dann wäre es teuer, selbst wenn es nicht in der Stadt Zürich ist. Aus all diesen Gründen lehnt der Regierungsrat dieses Postulat ab. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 83 : 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 369/2021 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– Folgen eines Parteiwechsels von gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräten

Motion *Erich Vontobel (EDU, Bubikon), Hans Egli (EDU, Steinaur), Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf)*

– Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz in der Bildung

Postulat *Sonja Gehrig (GLP, Urdorf)*, *Gabriel Mäder (GLP, Adliswil)*, *Christoph Ziegler (GLP, Elgg)*

– **Mehrweg für Take-aways**

Postulat *Andrew Katumba (SP, Zürich)*, *David Galeuchet (Grüne, Bülach)*, *Beat Monhart (EVP, Gossau)*

– **Verteilschlüssel für die Sportfondsgelder**

Postulat *Sarah Akanji (SP, Winterthur)*, *Judith Stofer (AL, Zürich)*, *Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster)*, *Michael Bänninger (EVP, Winterthur)*

– **Brückensanierung Eglisau – Priorisierung, Notwendigkeit der Massnahmen, Alternativen**

Interpellation *Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach)*, *Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)*

– **Vikariate und NBA**

Anfrage *Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)*, *Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon)*

– **Brückensanierung Eglisau – Einbezug Interessengruppen**

Anfrage *Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach)*, *Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)*

– **Brückensanierung Eglisau – Auswirkungen auf Bevölkerung und Gewerbe**

Anfrage *Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach)*, *Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)*

– **Gewalt gegen Frauen im Asylbereich**

Anfrage *Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden)*, *Sibylle Marti (SP, Zürich)*, *Pia Ackermann (SP, Zürich)*

– **Sanierung Memphisknoten Überlandstrasse Dübendorf – Sicherheitsdefizit für Fussgänger wegen Aufhebung Personenunterführung**

Anfrage *Patrick Walder (SVP, Dübendorf)*, *Orlando Wyss (SVP, Dübendorf)*

Schluss der Sitzung: 17.35 Uhr

Zürich, den 27. Februar 2023

Die Protokollführerin:
Daniela-Graziella Jauch

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am
27. März 2023.